

1 **MIT**
2 **Mittelstands- und**
3 **Wirtschaftsvereinigung**
4 **der CDU/CSU**
5 **Landesverband Thüringen**

6
7
8
9
10
11

12 **Thüringer**

13

14 **Wirtschafts- und Mittelstandspolitik**

15

16

2014 - 2019

17

18

19

beschlossen auf dem
25. Thüringer Landesmittelstandstag
in Weimar am 21. Juni 2014

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

| | | |
|----|---|-------|
| 41 | Inhaltsverzeichnis | |
| 42 | | Seite |
| 43 | 1. Einleitung | 3 |
| 44 | 1.1. Tragfähige Steuerreform und zukunftsfeste soziale Sicherungssysteme | 3 |
| 45 | 1.2. Deregulierung und Abbau von Subventionen | 4 |
| 46 | 1.3. Beschäftigung und Arbeitsanreize | 5 |
| 47 | 1.4. Thüringen – eine Region mit Zukunft | 5 |
| 48 | 2. Landeshaushalt - Finanzpolitik | 6 |
| 49 | 3. Wirtschaftspolitik | 7 |
| 50 | 3.1. Arbeitsmarktpolitik | 7 |
| 51 | 3.2. Stärkung des wirtschaftlichen Rückgrats Thüringens durch Weiterentwicklung der | 8 |
| 52 | Wirtschaftsförderung | |
| 53 | 3.3. Innovation, Forschungs- und Technologiestandort Thüringen | 9 |
| 54 | 3.4. Existenzgründung | 10 |
| 55 | 3.5. Tourismus | 11 |
| 56 | 3.6. Außenwirtschaft | 12 |
| 57 | 3.7. Landwirtschafts-, Ernährungs-, Forst- und Fischereipolitik | 12 |
| 58 | 4. Energie- und Umweltpolitik, Wasser / Abwasser | 14 |
| 59 | 5. Infrastrukturpolitik | 17 |
| 60 | 5.1. Verkehr | 17 |
| 61 | 5.2. Städte- und Wohnungsbau | 18 |
| 62 | 5.3. IT-Infrastruktur/Breitbandversorgung | 19 |
| 63 | 6. Familienfreundliche Arbeitswelt und Gesellschaft | 19 |
| 64 | 7. Bildungspolitik | 20 |
| 65 | | |
| 66 | 7.1. Schulpolitik | 20 |
| 67 | 7.2. Berufsausbildung | 21 |
| 68 | 7.3. Berufsschulen | 22 |
| 69 | 7.4. Weiterbildung | 24 |
| 70 | 7.5. Hochschulpolitik | 24 |
| 71 | 8. Moderne Verwaltung | 26 |
| 72 | 8.1. Landesverwaltung - Bürokratieabbau und Verwaltungsreform | 26 |
| 73 | 8.2. Leistungsfähige kommunale Strukturen | 28 |
| 74 | 8.3. Landes-, Regional- und Stadtentwicklung | 29 |
| 75 | 8.4. Einflussnahme der Landesregierung im Bundesrat | 30 |
| 76 | | |

77 1. Einleitung

78 Steigende Steuerlast, Bürokratiewachstum und Wettbewerbsbeschränkungen zeichnen trotz
79 Jahren stabiler Konjunktur das Bild Deutschlands. Wenn sich unser Land im 21. Jahrhundert
80 erfolgreich weiterentwickeln möchte, gibt es keine Alternative zur sozialen Marktwirtschaft nach
81 Ludwig Erhard. Es hat sich gezeigt: Alle Modelle von Umverteilung und Verstaatlichung sind
82 gescheitert. Wir müssen uns auf das Leistungs- und das Wettbewerbsprinzip zurückbesinnen.
83 Leistung muss sich wieder lohnen und Leistungsbereitschaft gefördert werden. Das Ergebnis
84 der Leistung muss attraktiv sein und Vorbildfunktion haben. Nachfrageorientierte Wirtschaftspo-
85 litik und unfinanzierbare Umverteilungsversprechen, befördert durch die große Koalition im
86 Bund, verhindern Wettbewerb und führen stattdessen zu Neiddebatten und wachsendem
87 sozialen Unfrieden. Erst durch Wettbewerb entstehen Innovationen und Wirtschaftswachstum.
88 Der Wettbewerb ist die Seele des Marktes. Dort, wo er funktioniert, gibt es niedrige Steuersätze,
89 hohe Beschäftigungsquoten und erhebliche, weltwirtschaftliche Bedeutung. Wettbewerb ist mit-
90 unter hartes Brot, aber er ist zugleich Triebkraft, Motor und Fortkommen. Er ist die Herausforde-
91 rung, die wir brauchen, damit es vorwärts geht.

92
93 Krasse Fehlleistungen einzelner Topmanager, niedrige Löhne, die nicht zum Leben reichen,
94 oder der Kontrast zwischen „arm und reich“ beeinflussen die allgemeine Wirtschaftsstimmung.
95 Der Ruf nach mehr Regulierung, sei es durch staatlich festgelegte Mindestlöhne oder Manager-
96 gehälter, scheint daher folgerichtig. Die Leistung der kleinen und mittelständischen Unterneh-
97 men als tragende Säule der deutschen Wirtschaft wird dabei unzureichend geschätzt. Ihre Ver-
98 dienste bei der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie des Erwirtschaftens von
99 Bruttosozialprodukt und Steueraufkommen werden mangelhaft kommuniziert. Deshalb muss
100 das reale Bild vom Unternehmer in der Öffentlichkeit besser dargestellt und erklärt werden.
101 Über 98 % der Thüringer Unternehmen sind klein oder mittelständisch. Diese Unternehmen
102 ○ stehen ein für Freiheit, Eigenverantwortung und Verantwortung für Schwächere
103 ○ sind Leistungsträger und bringen Investitionen in die Region
104 ○ können nur versprechen, was vorher erarbeitet wurde
105 ○ haften mit allem was sie haben für Erfolg oder Misserfolg
106 ○ schaffen Arbeitsplätze und Wohlstand für die Beschäftigten und deren Familien
107 ○ handeln sozial, engagieren sich persönlich und finanziell in der Entwicklung ihrer Regi-
108 on
109 ○ fördern und entwickeln Leistungsträger in ihrer Firma

111 1.1. Tragfähige Steuerreform und zukunftsfeste soziale Sicherungssysteme

112 Was die Wirtschaft braucht, ist ein hohes Maß an unternehmerischer Freiheit und Handlungssi-
113 cherheit. Das bedeutet: Schutz vor überzogenen Steuerbelastungen, komplizierten Steuerge-
114 setzen und vor von Neiddebatten getriebenen Reformvorhaben. Umlagesysteme, die inzwi-
115 schen steuerähnlichen Charakter erlangt haben, müssen reduziert bzw. umgebaut werden.

116
117 Die Steuerlast, der Steuersatz auf unternehmerische Tätigkeit einschließlich der Gewerbesteuer
118 und des Solidaritätszuschlages muss unter 35 % gesenkt werden, denn das heutige Steuersys-
119 tem setzt nicht genug Anreize zur Leistung. Die Bemessungsgrundlage kann verbreitert wer-
120 den, wenn die Wirtschaft insgesamt entlastet wird und die Staatsquote sinkt.

121
122 Die Sozialsysteme müssen an die demographisch veränderte Gesellschaftsstruktur angepasst
123 werden, so dass der Faktor Arbeit bezahlbar bleibt. Eigenverantwortung und Individualvorsorge
124 müssen wieder zur Grundlage der Sozialsysteme werden. Eine staatliche Fürsorge von der
125 Wiege bis zur Bahre ist nicht finanzierbar.

126

127 Die Bundespolitik kann erheblich an Vertrauen gewinnen, wenn sie ihr in der letzten Legislatur-
128 periode gegebenes Versprechen, die Vorfälligkeit bei den Sozialbeiträgen bei wieder anziehen-
129 der Konjunktur zurückzunehmen, nun umsetzt.

130
131 **1.2. Deregulierung und Abbau von Subventionen**
132 In Deutschland gibt es eine Vielfalt an Regulierungen, die oft Fällen überflüssig oder überzogen
133 sind. Die Gesamtheit an Regulierungen hat in den vergangenen Jahren so stark zugenommen,
134 dass die Vielzahl der zu beachtenden Regelungen die wirtschaftlichen Aktivitäten erheblich ein-
135 schränken oder zu ersticken drohen. Regulierungen sind an Stellen, wo dies unerlässlich ist,
136 sinnvoll. Eine ständige Überprüfung bestehender Regulierungen ist jedoch unabdingbar für den
137 Abbau von Marktschranken und die Stärkung des Wettbewerbs.

138
139 Der Staat hat zu viele Verpflichtungen übernommen und kann diese nicht mehr finanzieren. Die
140 staatlichen Aufgaben müssen reduziert und auf Kernbereiche beschränkt werden. Freiheit und
141 Eigenverantwortung des Einzelnen müssen an oberster Stelle stehen. Die Regelungsflut ist auf
142 ein Minimum zu reduzieren; bürokratische Hemmnisse und Belastungen müssen abgebaut
143 werden. Deregulierung bedeutet, Verfahren vereinfachen und beschleunigen, Privatinitiative
144 und Wettbewerb stärken; berufliche Betätigung von unnötigen Fesseln befreien und staatliche
145 Organisationen straffen und vereinfachen. Bei der Deregulierung darf weder auf Verbands-
146 noch auf Einzelinteressen Rücksicht genommen werden. Ausschlaggebendes Kriterium hierfür
147 darf allein der Markt sein.

148
149 Subventionen sind keine Allheilmittel. An Stelle von derartigen Beihilfen sollten niedrigere Steu-
150 ersätze für Unternehmen treten. Subventionen wurden ursprünglich gewährt, um zeitweiligen
151 Störungen des internationalen Wettbewerbs entgegenzuwirken oder um soziale und wirtschaft-
152 liche Nachteile zu mildern. In manchen Bereichen sind Subventionen jedoch zur Dauereinrich-
153 tung geworden, die den eigentlichen Zweck, nämlich einen Schutzeffekt als Hilfe zur Selbsthilfe,
154 verdrängt haben. In solchen Fällen sind Subventionen gesamtwirtschaftlich bedenklich, da sie
155 erforderliche Strukturanpassungen überflüssig erscheinen lassen. Die schleppende oder feh-
156 lende Strukturanpassung kann einen erheblich höheren gesamtwirtschaftlichen Schaden an-
157 richten, weil die erforderlichen Anpassungsmaßnahmen zu spät kommen und der Anschluss an
158 die Weltwirtschaft nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand geschafft wird.

159
160 Es wird deutlich, dass Subventionen Ausnahmecharakter haben, da ansonsten der Marktme-
161 chanismus nicht mehr funktioniert. Manche Probleme der Gegenwart haben sich erst dadurch
162 ergeben, weil konsequent marktwirtschaftliche Lösungen verhindert und dadurch Verzögerun-
163 gen hervorgerufen wurden. Es ist nicht Aufgabe des Staates, auf Dauer lenkend in die Wirt-
164 schaft einzugreifen. Es muss uneingeschränkt der Grundsatz „soziale Marktwirtschaft vor staat-
165 licher Planwirtschaft“ gelten.

166
167 Noch zu viele Subventionen gehen in der Bundesrepublik jährlich in die Strukturhaltung und in
168 Anpassungshilfen und zu wenig in zukunftsorientierte Entwicklungen. Deutschland vollzieht
169 damit den notwendigen Strukturwandel nur langsam und gegen große Widerstände. Die poli-
170 tisch Verantwortlichen sollten sich deshalb auf die Gründe zurückbesinnen, die ursprünglich für
171 die Gewährung von Subventionen maßgebend waren:

172
173 • Der Staat darf nur subsidiär bei übergeordnetem, öffentlichem Interesse Subventionen
174 gewähren. Der Subventionszweck muss klar umschrieben und eindeutig quantifizierbar
175 sein, um eine sachgerechte Bewertung der Subventionen unter gesamtwirtschaftlichen
176 und wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten zu erleichtern und eine periodische Er-
177 folgskontrolle zu ermöglichen.

- 178 • Jede Subvention soll zeitlich begrenzt, möglichst degressiv gestaffelt und mit präzise de-
179 finierten und einklagbaren Rückzahlungsverpflichtungen versehen sein.
180 • Subventionen dürfen nicht strukturverzerrend und diskriminierend gegenüber Marktteil-
181 nehmern wirken. Sie dürfen nur vorübergehende Hilfe zur Selbsthilfe sein.
182

183 **1.3. Beschäftigung und Arbeitsanreize**

184 Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein Problem, das unsere Sozialsysteme belastet. Sie ist auch ein
185 gesellschaftliches Problem, denn ohne Arbeit kann sich das Individuum nicht an der gesell-
186 schaftlichen Entwicklung beteiligen. Ihm fehlt zudem die persönliche Anerkennung. Darüber
187 hinaus ist eine regelmäßige Beschäftigung Grundlage der finanziellen Freiheit und Unabhän-
188 gigkeit. Die Politik ist verpflichtet, zunächst die Rahmenbedingungen für die Schaffung von Be-
189 schäftigungsverhältnissen zu schaffen und zu sichern. Dies bedeutet, auf der einen Seite die
190 Einkommens- und Gewinnsituation für die Unternehmen zu verbessern, auf der anderen Seite
191 Anreize für die Beschäftigten auszulösen. Denn ohne leistungsbereite und leistungswillige Mit-
192 arbeiter gibt es keine erfolgreichen Unternehmen, ohne Gewinnaussichten der Unternehmen
193 keine bezahlbaren Jobs.
194

195 Alles, was Arbeitsplätze erhält, schafft und Erwerbssuchende nicht weiter aus der Gesellschaft
196 ausgrenzt, ist letztlich sozial und gerecht. Die Arbeitskosten müssen konkurrenzfähige Produkt-
197 preise möglich machen. Tarif- und Sozialpolitik müssen flexibler gestaltet werden. Dabei sind
198 den Betrieben größere Regelungsspielräume zu geben. Zukünftige Tarifbedingungen sollten
199 nicht nur Mindestbestimmungen darstellen, sie sollten auch Flexibilitäts-, Leistungs- und Er-
200 folgsэлеmente beinhalten. Ein staatlich festgelegter, einheitlicher Mindestlohn ohne Ausnahmen
201 für Branchen, saisonale Arbeit oder Altersgrenzen sichert nicht menschenwürdiges Leben bei
202 Vollzeitjobs, sondern vernichtet Arbeitsplätze vorrangig im unteren Qualifikationsbereich. Er
203 erhöht den Druck für investive Rationalisierungsmaßnahmen. Darüber hinaus ist der Kündi-
204 gungsschutz zu lockern und die Schwarzarbeit konsequent zu bekämpfen.
205

206 Wichtig ist, geringfügige Beschäftigung von bürokratischen Hemmnissen zu befreien. Hinzukom-
207 men muss die Schaffung finanzieller Anreize zur Förderung des Ausstiegs aus der Sozial-
208 hilfe/Arbeitslosengeld II und zur Aufnahme einer Beschäftigung sowie die Verknüpfung staatli-
209 cher Leistungen mit einer Gegenleistung in Form der Erbringung von Arbeit als Vorrang von
210 Beschäftigung und Qualifizierung gegenüber staatlicher Alimentierung ohne Gegenleistung.
211

212 **1.4. Thüringen – eine Region mit Zukunft**

213 Ein wichtiger Abschnitt zur Steigerung der Wirtschaftsleistung Thüringens nach der Wiederver-
214 einigung wurde erfolgreich abgeschlossen. Im Vergleich der neuen Länder hat unser Freistaat
215 die höchsten Wachstums- und Exportquoten zu verzeichnen. Zunehmend zu Trägern der ge-
216 samtwirtschaftlichen Entwicklung werden das verarbeitende Gewerbe und das weite Spektrum
217 der wertschöpfenden Dienstleistungen. Durch gute Rahmenbedingungen, wie z.B. eine moder-
218 ne Telekommunikationsinfrastruktur, das hervorragende Angebot an Hoch- und Fachhochschu-
219 len oder die sehr gute Verkehrsinfrastruktur konnte Thüringen zu einem attraktiven Investitions-
220 standort entwickelt werden.
221

222 Wirtschaftsdaten belegen aber auch, dass noch Aufgaben und strukturelle Defizite zu bewälti-
223 gen sind. Diese finden ihren deutlichsten Ausdruck in der Arbeitslosenquote und den daraus
224 resultierenden sozialen Problemen. Ungeachtet dessen darf nicht vergessen werden, dass die
225 Arbeitslosenquote in Thüringen seit Jahren die niedrigste aller neuen Länder ist und dieses Jahr
226 historische Tiefststände erreicht hat.
227

228 Die Weiterführung des Strukturwandels ist die Voraussetzung für die Schaffung einer zukunfts-
229 fähigen und innovationsstarken Wirtschaft mit Vollbeschäftigung. Um diese Entwicklung aktiv
230 zu gestalten, benötigt Thüringen wirtschaftspolitische Leitlinien, die spezifische Interessen und
231 Chancen des Landes berücksichtigen und Handlungsperspektiven aufzeigen. Motor können nur
232 die Menschen und die Unternehmerschaft selbst sein. Zukunft findet nicht im Trendatlas statt,
233 sondern muss durch Innovationen, Investitionen, Fleiß und eine Stärkung des Unternehmers-
234 tums gestaltet werden. Der Staat muss Bürgern und Unternehmern den größtmöglichen Spiel-
235 raum für ein eigenverantwortliches Handeln geben und sich auf seine Kernaufgaben konzentrie-
236 ren. Dazu gehört die Herstellung optimaler Rahmenbedingungen für unternehmerisches Han-
237 deln, z. B. durch die Senkung der Abgabenlast, die Vermeidung bzw. Abschaffung unnötiger
238 Auflagen für Unternehmen, die effiziente Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme, die Ge-
239 währleistung der inneren Sicherheit und eines leistungsfähigen Bildungssystems sowie die Mo-
240 dernisierung und Verschlinkung der Verwaltung.

241
242 Wir bekräftigen mit der Situationsbeschreibung und den folgenden Vorschlägen unser Angebot
243 an die Entscheidungsträger des Landes zur konstruktiven Zusammenarbeit. Wir sind bereit,
244 einen aktiven Beitrag zu leisten, um zusammen mit den verantwortlichen Politikern die Aufga-
245 ben der Zukunft – zum Wohle der Wirtschaft und der hier lebenden Menschen – erfolgreich zu
246 bewältigen.

247 248 **2. Landeshaushalt - Finanzpolitik**

249 Die Haushaltskonsolidierung muss weiterhin ganz oben auf der Agenda der Landespolitik ste-
250 hen, damit die zur aktiven Gestaltung erforderlichen finanziellen Freiräume erhalten bleiben.
251 Nur so kann die Finanzpolitik eine dauerhafte Leistungs- und Handlungsfähigkeit sicherstellen
252 und verhindern, dass nachfolgende Generationen übermäßig mit heute entstehenden Ausga-
253 ben belastet werden. Solide Finanzen sind die Basis für eine gute Zukunftspolitik.

254
255 Die mit dem Verzicht auf die Neuverschuldung und den vorgesehenen Schuldenabbau geschaf-
256 fene Entlastung erhält in den kommenden Jahren politische Handlungsspielräume und trägt so
257 zur Zukunftssicherung des Landes bei. Gleichwohl ist die Verschuldung des Landes mit über 16
258 Mrd. EUR sehr hoch. Die Zinszahlungen von derzeit ca. 700 Mio. EUR schränken die finanziel-
259 len Spielräume des Landes auch in künftigen Jahren ein.

260
261 Wenngleich Thüringen derzeit eine günstige Haushaltssituation aufweist, bleiben strukturelle
262 Probleme bestehen. Der Freistaat muss seinen Konsolidierungskurs fortsetzen – das geht nicht
263 ohne Reduzierung der Ausgaben, fundamentale Aufgabenkritik und Standardreduzierungen.

264 265 **Unsere Vorschläge zur Gestaltung des Thüringer Landeshaushaltes lauten:**

- 266 - Die Stärkung der Leistungsfähigkeit der Thüringer Wirtschaft ist unabdingbare Vorausset-
267 zung für mehr Arbeitsplätze und steigenden Wohlstand in Thüringen. Deshalb müssen die
268 knappen Mittel des Landes auf die Stärkung des Wirtschaftsstandorts fokussiert werden.
- 269 - Der Verzicht auf eine Nettoneuverschuldung ist endlich erreicht. Dies muss, wie der Abbau
270 der Staatsschulden, verstetigt werden. Dazu ist ein Neuverschuldungsverbot in der Verfas-
271 sung zu verankern.
- 272 - Um in wirtschaftlichen Schwächephasen die vorgenannten Ziele erreichen zu können, muss
273 der Landeshaushalt jetzt und in Zukunft konsequent auf der Ausgabenseite saniert werden.
274 Die Haushaltsausgaben sollten stärker als bisher auf das unbedingt notwendige Maß be-
275 grenzt werden.
- 276 - Durch eine schlanke Verwaltung können weitere Ressourcen freigesetzt werden. Dazu sind
277 alle Strukturen der Landesverwaltung ständig zu überprüfen. Dabei können externe Gutach-
278 ter und Vergleiche mit anderen Ländern durch Benchmarking helfen.

- 279 - Die Personalstärke der öffentlichen Verwaltung muss mit dem Bevölkerungsrückgang har-
280 monieren. Es müssen zunehmend Pensionsrückstellungen gebildet werden, die dem tat-
281 sächlichen Bedarf entsprechen.

282

283 **3. Wirtschaftspolitik**

284 **3.1. Arbeitsmarktpolitik**

285 Die Arbeitsmarktpolitik muss auf den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet sein. Im besonderen Fo-
286 kus steht dabei weiterhin Existenzgründung. Das bedeutet, dass die Förderung der passgenau-
287 en und anforderungsgerechten beruflichen Qualifizierung von Arbeitslosen weiterhin hohe Prio-
288 rität genießt. Darüber hinaus sind bei nachgewiesener Notwendigkeit Lohnkostenzuschüsse
289 einzusetzen, um Arbeitslosen die Arbeitsaufnahme im ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.
290 Leistungsempfänger sollten verpflichtet sein und werden, gemeinnützig zu arbeiten. Dies darf
291 jedoch nur in solchen Bereichen erfolgen, in denen kein vernünftiges Angebot der gewerbli-
292 chen Wirtschaft erfolgen kann.

293

294 Einem Ausbau des zweiten Arbeitsmarktes stehen wir ablehnend gegenüber. Die Interessen
295 der Wirtschaft bei der Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik sind umfassend einzubeziehen. Insbe-
296 sondere die Umsetzung in den Regionalbeiräten bzw. im Landesbeirat ist zu erleichtern; die
297 ministerielle Ebene in ihrer politischen und verwaltungstechnischen Verantwortung darf zur Ge-
298 staltung der Arbeitsmarktpolitik nicht nur eine Gastrolle spielen. Erwartet wird die Führung der
299 strategischen Aufgaben und die zwischen den einzelnen Institutionen vermittelnde Rolle. Insbe-
300 sondere zur Sicherung des Fachkräftebedarfs erscheint eine bessere und engere Zusammen-
301 arbeit zwischen den beteiligten Partnern und dem Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit
302 und Technologie (TMWAT) als unerlässlich.

303

304 Thüringen braucht eine aktive Fachkräftesicherung durch die Schaffung von bestmöglichen
305 Rahmenbedingungen, damit erstens die Erfahrung der älteren Arbeitnehmer nicht verloren geht
306 und zweitens auch ältere Menschen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten.

307

308 Fachkräfte aus dem Ausland müssen zunehmend integriert werden, um die Wirtschaftskraft der
309 Unternehmen zu erhalten. Sie sind unter den Aspekten fachlicher, sozialer, sprachlicher und
310 interkultureller Kompetenz zu akquirieren. Qualifizierte und leistungsstarke ausländische Fach-
311 kräfte sind dabei willkommen; eine Einwanderung mit dem Ziel der Inanspruchnahme von Sozi-
312 alleistungen ist zu vermeiden. Thüringen braucht neben einer Willkommenskultur für ausländi-
313 sche Fachkräfte auch eine für die Anwerbung von klugen Köpfen innerhalb Deutschlands.

314

315 Förderprogramme sind zu straffen. Die parallele Förderung von arbeitsmarktpolitischen Sach-
316 verhalten durch die Bundesagentur für Arbeit, Landesarbeitsmarktprogramme und den Europäi-
317 schen Sozialfonds ist zu beenden. Geförderte Maßnahmen der Umschulung und beruflichen
318 Bildung von Arbeitslosen sind stärker an den Erfordernissen der betrieblichen Praxis auszurich-
319 ten.

320 **Unsere Vorschläge zur Stärkung des ersten Arbeitsmarktes:**

- 321 - engere Einbeziehung der Vertreter der gewerblichen Wirtschaft in die Arbeitsmarktpolitik
- 322 - Früherkennung des Arbeitskräftebedarfs durch Aktualisierung von regionalen Prognosen
323 und Abstimmung der Arbeitsmarktakteure
- 324 - Im Ausland erworbene berufsqualifizierende Abschlüsse sind leichter anzuerkennen.
- 325 - weitere Reduzierung der Beschäftigungsgesellschaften und die konsequente Untersagung
326 gewerblicher Tätigkeiten
- 327 - Umsetzung des Programms "Soziale Wirtschaftbetriebe" ausschließlich in Unternehmen der
328 Wirtschaft.

- 329 - Zusammenlegung von Förderprogrammen für Arbeitsplätze am 1. Arbeitsmarkt zu einem
330 gestrafften und übersichtlichen Programm
- 331 - Neuordnung der Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik unter dem Aspekt der Effizienzer-
332 höhung und Stärkung der beteiligten Partner durch mehr Befugnisse und regionale Ent-
333 scheidungskompetenz
- 334 - Mit Blick auf den Fachkräftebedarf und die Demografie sollten Anreize für Unternehmen
335 geschaffen werden, gezielt Menschen im Alter 55+, Menschen mit Behinderungen oder bis-
336 her nicht in der Arbeitslosenstatistik Erfasste, einzustellen. Auch Angebote zur Verknüpfung
337 von Familie und Beruf (z.B. Förderung betrieblicher Kitas, kinderfreundlicher Arbeitsräume
338 etc.) sollten zielgerichtet initiiert werden.

340 **3.2. Stärkung des wirtschaftlichen Rückgrats Thüringens durch Weiterentwicklung der** 341 **Wirtschaftsförderung**

342 Die Thüringer Wirtschaft ist mittelständisch geprägt. Viele Thüringer Unternehmen haben zwar
343 eine gute Eigenkapitaldecke, aber auch Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Fremdkapital.
344 Manche Firmen kämpfen mit Liquiditätsproblemen. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Um die
345 Chancen Thüringer Unternehmen im Wettbewerb nachhaltig zu verbessern, bleibt die Wirt-
346 schaftsförderung auf absehbare Zeit ein wesentliches Instrument zur Überwindung dieser Prob-
347 leme.

348

349 Das Fördermittelinstrumentarium muss transparenter, vereinfacht und gebündelt werden. Die
350 direkte und indirekte Förderung der Wirtschaft ist insbesondere auf folgende Schwerpunkte
351 auszurichten: Eigenkapitalstärkung, Forschung, Technologie und Innovation, Verbesserung der
352 Investitionstätigkeit für bestehende Unternehmen sowie Schaffung und Sicherung von hochwer-
353 tigen Arbeitsplätzen. Durch Vereinheitlichung und Vereinfachung müssen Bearbeitungszeiträu-
354 me verkürzt und Kosten gespart werden. Die Mittelverwendungsprüfung muss zeitnah erfolgen.
355 Neue staatliche Förderprogramme sollen nur dann eingeführt werden, wenn ein echter Mehr-
356 wert zu erwarten ist.

357

358 **Unsere Vorschläge zur Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen** 359 **lauten:**

- 360 - Aufgrund der rückläufigen europäischen Strukturfondsmittel und dem Auslaufen der Soli-
361 darpaktmittel 2019 muss die Förderstrategie des Freistaats neu justiert werden. Finanzielle
362 Mittel, die in Zuschussprogramme fließen sollen, müssen verstärkt auf Darlehensbasis aus-
363 gereicht und, soweit sie aus zweckgebundenen Drittmitteln gespeist werden, in revolvingende
364 Fondsmodelle eingebracht werden. Aus diesen können Unternehmen kostengünstige
365 Kredite bereitgestellt werden. Das rückfließende Geld steht dann in der Zukunft für Wirt-
366 schaftsförderung wieder zur Verfügung.
- 367 - Alle Förderprogramme und deren Abwicklung sind regelmäßig auf Wirtschaftlichkeit und
368 Effektivität (Förderzweck, tatsächlicher Fördererfolg und Förderverfahren) zu überprüfen.
369 Förderprogramme, bei denen Aufwand und Nutzen unverhältnismäßig sind, sollten beendet
370 werden. Um Verwaltungsaufwand zu reduzieren, ist die stärkere Pauschalierung von Zu-
371 wendungen anzustreben.
- 372 - Die Vergabe von Investitionszuschüssen z.B. aus der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung
373 der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) oder dem Programm Thüringen Invest muss
374 verstärkt nach Effizienzkriterien erfolgen.
- 375 - Für Unternehmen in Schwierigkeiten sind die Hilfsmöglichkeiten neu zu strukturieren: Der
376 Konsolidierungsfonds ist durch Umschichtungen so zu untersetzen, dass er auch für Um-
377 strukturierungsbeihilfen für einen größeren Adressatenkreis als bisher zur Verfügung steht.
378 Zusätzlich ist ein Fonds zur Finanzierung von Insolvenzplanverfahren und zur Unterneh-
379 mensfortführung einzurichten. Aus diesem sind Massedarlehen zur Finanzierung der Insol-

- 380 venzphase bzw. zur Plandurchführung und Kredite für die Finanzierung nach Aufhebung des
381 Insolvenzverfahrens bereit zu stellen, wobei der Subsidiaritätsgrundsatz und das Hausban-
382 kenprinzip zu berücksichtigen sind. Die begleitende Beratung ist zu intensivieren.
- 383 - Die Förderung der Beteiligungsfinanzierung durch die Angebote der bm-t Beteiligungsma-
384 nagement Thüringen GmbH und der MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thürin-
385 gen mbH ist zu optimieren.
 - 386 - Die mit der Wirtschaftsförderung befassten Behörden, Gesellschaften und sonstigen Institu-
387 tionen des Landes sind weiter zu straffen und zu konzentrieren. Ziele sind dabei die Verrin-
388 gerung von Verwaltungskosten, Bürokratieabbau und schnellere Entscheidungsfindungen.

389

390 **3.3. Innovation, Forschungs- und Technologiestandort Thüringen**

391 Eine hohe technologische Kompetenz ist für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandor-
392 tes Thüringen von zentraler Bedeutung. Daher ist die technologieorientierte Infrastruktur weiter
393 auszubauen. Dabei sind sowohl die Entwicklungs- und Anwendungszentren als auch die wirt-
394 schaftsnahen Forschungseinrichtungen noch stärker am Bedarf der Industrie auszurichten. Zur
395 Beförderung von Technologiekooperationen gilt es einerseits, die Kompetenzen der Thüringer
396 Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen verstärkt in Netzwerke einzubinden,
397 andererseits die Zusammenarbeit und den Wissensaustausch zwischen Wissenschaft und Wirt-
398 schaft zu forcieren. Deshalb sind bei der Technologieförderung Unternehmen und Forschungs-
399 einrichtungen bevorzugt zu berücksichtigen, die Technologieprojekte im Verbund durchführen.

400

401 Die differenzierte Forschungsinfrastruktur in Thüringen bietet auf vielen Wissens- und Techno-
402 logiefeldern Potenziale. Die Pluralität der organisatorischen Trägerschaft (EU, Bund, Land) so-
403 wie die Vielfalt in der Förderung bieten einerseits Chancen einer Aufgabenteilung und spezifi-
404 schen Profilierung der einzelnen Einrichtungen. Andererseits führt gerade diese Vielfalt an
405 Strukturen und Institutionen mit jeweils unterschiedlichen Regelungen und Finanzierungsmus-
406 tern zu Reibungsverlusten und erzeugt erhebliche Antragsbürokratie. Diese macht es gerade
407 den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) nicht leicht, den notwendigen Überblick über
408 Forschungsleistungen und Kooperationsmöglichkeiten zu erhalten sowie die vorhandenen Po-
409 tentiale zum beiderseitigen Nutzen stärker in Anspruch zu nehmen. Die Finanzierungsmöglich-
410 keiten der Unternehmen erfordern auch weiter, dass Forschungs- und Entwicklungskosten be-
411 zuschusst und insbesondere kleine Unternehmen bei der Erneuerung ihres Produktionspro-
412 grammes beraten und begleitet werden.

413

414 **Unsere Vorschläge zur Stärkung von Forschung, Entwicklung und eines effizienten** 415 **Technologietransfers lauten:**

- 416 - Die einzelbetriebliche Technologieförderung für KMU sowie die Erfinderförderung sollte kon-
417 tinuierlich fortgeführt und auf hohem Niveau finanziell ausgestattet werden.
- 418 - Die Fokussierung auf Entwicklung von High-Tech-Unternehmen durch Technologietransfer
419 zwischen Forschung und Wirtschaft (Kompetenzzentren, Applikationszentren) darf erfolg-
420 reich agierende innovative Unternehmen nicht vernachlässigen. Derartige Unternehmen des
421 produzierenden Gewerbes und der Dienstleistungsbranche bedürfen, auch aufgrund ihrer
422 FuE-Umsatzintensität und FuE-Potenziale, der Betreuung, der Beratung und Förderung.
- 423 - Das Zusammenwachsen Europas erfordert die Ausweitung des grenzübergreifenden Tech-
424 nologietransfers, die Erweiterung des bisherigen vorwiegend nationalen FuE-Horizontes von
425 KMU sowie die Einbindung in die europäischen Förderprogramme.
- 426 - Die Vernetzung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen sollte durch Vergabe von
427 Projektfördermitteln an die KMU unterstützt werden.
- 428 - Die Technologieinfrastruktur ist auf den Bedarf der Industrie auszurichten. Das Netz der in
429 Thüringen bestehenden Technologietransferstellen und wirtschaftsnahen Forschungsein-
430 richtungen muss weiterentwickelt werden.

- 431 - Lehre, Forschung und sonstige Ausbildung ist daraufhin zu überprüfen, ob kostentreibende
432 Parallelentwicklung vermieden, Synergieeffekte genutzt und vorhandene Kapazitäten bes-
433 ser aufeinander abgestimmt werden können.

434

435 **3.4. Existenzgründung**

436 Existenzgründungen sind unverzichtbar, um die Zahl der Arbeitsplätze zu erhöhen und die
437 Wettbewerbsfähigkeit der Thüringer Wirtschaft insgesamt zu stärken. Da unternehmerisches
438 Denken und Handeln niemandem angeboren ist, muss dies bereits in den Schulen gelehrt wer-
439 den. Dafür ist entsprechendes Lehrpersonal notwendig, welches den Lehrstoff nicht nur theoretisch,
440 sondern auch aus eigener Praxiserfahrung vermitteln kann. Potenzielle Existenzgründer
441 müssen während ihrer Ausbildung und an Hochschulen und Universitäten Angebote für den
442 Weg in die Selbständigkeit vorfinden, Selbständigkeit bereits als Testphase erleben können und
443 eine qualifizierte Existenzgründungsberatung erhalten. So kann Gründerkultur weiter gefördert
444 und dauerhaft verankert werden.

445

446 Der Aufbau selbstständiger wirtschaftlicher Existenzen stellt hohe Anforderungen an die Grün-
447 der und erfordert Rahmenbedingungen, die aktive und wirkungsvolle Beratungs- und Betreu-
448 ungsangebote beinhalten. Insbesondere die ersten Jahre einer Unternehmensgründung sind
449 entscheidend für den Erfolg des Unternehmens. Wichtig ist deshalb die professionelle Beratung
450 und fundierte Begleitung des Gründungsprozesses. Hier hat sich in Thüringen flächendeckend
451 eine gute, verzahnte Struktur entwickelt.

452

453 Unternehmensneugründungen können erleichtert werden durch vereinfachte und schnellere
454 Genehmigungsverfahren, durch die Herstellung von mehr Fördertransparenz, und die Aufrecht-
455 erhaltung von Förderpräferenzen für Existenzgründungen. Bürokratische Hemmnisse, die Exis-
456 tenzgründungen erschweren, müssen abgebaut werden.

457

458 **Unsere Vorschläge zur Entwicklung einer dauerhaften Kultur der Selbständigkeit und** 459 **Verbesserung des Klimas für Existenzgründer lauten:**

- 460 - Ein Aufbau zusätzlicher, neuer Beratungsstrukturen ist nicht zu empfehlen. Die vorhande-
461 nen Kernkompetenzen der Existenzgründungsberatung und -unterstützung sind im Thürin-
462 ger Zentrum für Existenzgründungen und Unternehmertum (ThEx) zu konzentrieren. In die-
463 ses Netzwerk sollen die regionalen Partner einbezogen werden.
- 464 - Die Finanzierung der Existenzgründerpässe durch die Arbeitsagenturen bzw. das Thüringer
465 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit muss fortgeführt werden.
- 466 - Der weitere Abbau der bürokratischen Hemmnisse für Existenzgründer ist anzustreben.
- 467 - An den Universitäten und Hochschulen sowie in der Meisterausbildung sollten Existenz-
468 gründungsseminare selbstverständlich sein, um die Gründung oder Übernahme von Unter-
469 nehmen nach Ausbildungsabschluss oder später zu fördern.
- 470 - An Existenzgründer sollte die Vergabe von Kleinkrediten mit attraktiven Zinsen erleichtert
471 werden. Es ist ein verlässlicher Rechtsrahmen für alternative Finanzierung (Crowdfunding,
472 Genossenschaftsmodelle) zu schaffen.

473 **3.5. Tourismus**

474 Die Welttourismusorganisation schätzt bis zum Jahr 2030 die Anzahl der Touristenankünfte
475 weltweit auf circa 1,8 Milliarden. Das Reiseziel Deutschland steht bei vielen ausländischen Tou-
476 risten auf der Wunschliste ganz oben. Mehr als 28 Millionen ausländische Touristen besuchten
477 Deutschland 2012 und übernachteten fast 64 Millionen Mal. Rund zwei Drittel aller von Deut-
478 schen im Jahr 2011 getätigten Reisen (119 Millionen Reisen) fanden im Inland statt. Diese
479 Zahlen zeigen, dass es für Thüringen im In- und Ausland viele potentielle Gäste gibt.

480 Der Tourismus ist in Thüringen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der vielen Menschen Beschäfti-
481 gung gibt, gerade auch im ländlichen Raum. Tourismuspolitik ist für uns Mittelstandspolitik, weil
482 sowohl die Unternehmen des Beherbergungs- und Gastronomiegewerbes als auch die Reise-
483 veranstalter und Reisebüros überwiegend kleine und mittelständische Unternehmen sind. Mit
484 Bruttoumsätzen von ca. 3,8 Mrd. € p.a. leistet die Tourismusindustrie insgesamt einen Beitrag
485 von etwa 7 % zum Volkseinkommen und sichert damit mindestens 75.000 Arbeitsplätze.
486

487 Die einheitliche, zentrale und gezieltere Vermarktung Thüringer Tourismusprodukte unter Ein-
488 schluss einer Dachmarke ist mit Blick auf ein besseres touristisches Angebot zu intensivieren.
489 Für eine Stärkung der Thüringer Tourismuswirtschaft ist eine Verbesserung der Kooperation
490 und Kommunikation zwischen den Akteuren notwendig. Dazu kann die TTG Thüringer Touris-
491 mus GmbH als Moderator, nicht als alleiniger Entscheider, einen wertvollen Beitrag leisten.
492

493 Die Tourismuspolitik für den ländlichen Raum (Mittelgebirgsräume Südharz, Thüringer Wald,
494 Thüringer Schiefergebirge und Thüringer Vogtland) muss sich mit vergleichbaren Situationen in
495 den Nachbarländern Niedersachsen (Westharz), Bayern (Fichtelgebirge) sowie Hessen und
496 Bayern (Hohe Rhön) messen lassen. Dazu hat die Landesregierung die entsprechenden Wei-
497 chen (Förderpolitik, interministerielle Arbeitsgruppe) zu stellen.
498

499 **Unsere Vorschläge zur künftigen Ausgestaltung der Tourismusstrukturen lauten:**

- 500 - Deutliche Wachstumsimpulse für den Thüringer Tourismus und eine verbesserte Standortat-
501 traktivität können durch die Initiierung der von Gutachtern vorgeschlagenen Strukturverän-
502 derungen und der Umsetzung der Lösungsansätze und Handlungsempfehlungen der Lan-
503 destourismuskonzeption 2015 ausgehen. Bei der Fortschreibung sollten die Ziele und tou-
504 rismuspolitischen Leitlinien der Entwicklung bis zum Jahr 2020 festgelegt werden. Dieses
505 Konzept sollte um ein ganzheitliches touristisches Förderkonzept ergänzt werden, in dem
506 die verschiedenen touristischen Förderprogramme der Thüringer Ministerien gebündelt und
507 koordiniert werden.
- 508 - Der Kulturtourismus muss verstärkt mit anderen Tourismusangeboten verknüpft werden.
- 509 - Reduzierung und Zusammenlegung von Tourismusverbänden, deren Arbeit an den touristi-
510 schen Regionen und nicht an Gemeinde- und Kreisgrenzen ausgerichtet ist. Ebenso muss
511 über die Ländergrenzen hinweg kooperiert werden.
- 512 - Die Thüringer Tourismus GmbH muss auf den internationalen Tourismusmessen gezielt den
513 Flughafen Erfurt-Weimar und die Hotelkapazitäten im Freistaat vermarkten, sodass Thürin-
514 gen in die Kataloge der dortigen Reiseveranstalter Einzug findet.
- 515 - Die Grundlage für die Erfüllung der verschiedenen Aufgaben im Tourismus sowie für die
516 Erhaltung und Verbesserung der Qualität der touristischen Leistungen ist eine stabile finan-
517 zielle Ausstattung der Thüringer Tourismus GmbH (TTG). Neben der TTG sollte die weitere
518 Landesförderung auf die überregionalen Akteure (z.B. Regionalverbund Thüringer Wald und
519 die länderübergreifend agierenden Tourismusverbände Rhön, Vogtland und Südharz) kon-
520 zentriert werden.
- 521 - Damit der Tourismus in Thüringen einen noch größeren Stellenwert und Wirtschaftsfaktor
522 darstellt, benötigt er ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis, Qualität und Freundlichkeit im
523 Service. Die Umsetzung der Qualitätsoffensive (Qualitätssiegel „Q“ Servicequalität Thürin-
524 gen) im Thüringer Tourismus ist daher voranzutreiben.
- 525 - Aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus in Thüringen ist die Einrichtung
526 weiterer Lehrstühle für Wirtschaftsgeografie und für Tourismus, deren Finanzierung auch
527 gemeinsam mit der Thüringer Wirtschaft vorstellbar wäre, anzuregen. Darüber hinaus soll-
528 ten in dieser Einrichtung gleichzeitig Möglichkeiten für eine grundlegende touristische For-
529 schung geschaffen werden.

- 530 - Der Bekanntheitsgrad des Thüringer Tourismus im In- und Ausland ist gezielt zu erhöhen.
 531 Dazu sollte die begonnene Imagekampagne mit touristischen wie historischen Attraktionen
 532 fortgesetzt werden. Dabei sind die Themen Sport und Kultur im touristischen Außenmarke-
 533 ting verstärkt zu bewerben.
- 534 - Das Wanderwegenetz ist in Verbindung mit dem land- und forstwirtschaftlichen Wegebau
 535 auszubauen und zu pflegen.
- 536 - Mit gezielten Fördermaßnahmen sind die Standortattraktivität in Thüringer Unternehmen
 537 des Gastgewerbes zu verbessern und weitere touristische Anziehungspunkte zu schaffen,
 538 welche dann intelligent mit den Angeboten der Hotellerie und Gastronomie verknüpft wer-
 539 den müssen. Dabei ist neben Mut auch Weitsicht bei vertretbaren Eingriffen in die Natur
 540 (z.B. für neue Skipisten, Skilifte etc.) gefragt. Hierbei ist auf die Wirtschaftlichkeit und Nach-
 541 haltigkeit der Projekte zu achten.

542 543 **3.6. Außenwirtschaft**

544 Für das Wirtschaftswachstum in Thüringen gehen auch in Zukunft entscheidende Impulse vom
 545 Außenhandel aus. Das Bestehen auf internationalen Märkten ist für die Konkurrenzfähigkeit
 546 Thüringer Unternehmen von größter Bedeutung. Wie für Deutschland gilt auch für den Freistaat:
 547 Exporte sichern, hoch qualifizierte Arbeitsplätze schaffen. Durch Ausbau und Förderung der
 548 politischen Beziehungen und Wirtschaftskontakte können die politischen Institutionen des Lan-
 549 des einen wirksamen Beitrag leisten, damit die Unternehmen aus Thüringen auf diesen Märkten
 550 besser Fuß fassen.

551 **Unsere Forderungen zur politischen Begleitung der Außenwirtschaftsaktivitäten der Thü-
 552 ringer Wirtschaft lauten:**

- 554 - Die Förderung des Absatzes von Produkten und Dienstleistungen im Ausland ist konse-
 555 quent fortzusetzen und mit praktikablen Instrumenten auszustatten. Unternehmen zugesag-
 556 te Fördermittel (z.B. Messförderung) müssen weniger bürokratisch abzurufen sein. Diese
 557 Mittel sollten stärker auf junge Unternehmen/Markteinsteiger konzentriert werden. Program-
 558 me und Vorhaben der Landesregierung sind rechtzeitig mit den Aktivitäten der betroffenen
 559 Kammern, Verbände und Branchennetzwerke abzustimmen. Eine Gleichbehandlung aller
 560 Akteure würde die Kooperation untereinander fördern und einen effizienzsteigernden Wett-
 561 bewerb auslösen.
- 562 - Die Landesregierung sollte den Ausbau der Beziehungen nach West- und Osteuropa defi-
 563 nieren und mit entsprechenden Maßnahmen die Anstrengungen der Unternehmen unter-
 564 stützen. Dabei sollte auch der Aspekt „Werbung für den Technologiestandort Thüringen“ im
 565 Blick sein.

566 567 **3.7. Landwirtschafts-, Ernährungs-, Forst- und Fischereipolitik**

568 Die große Mehrzahl der Thüringer Unternehmen der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft
 569 sind Mittelstandbetriebe, die sich im wachsenden Wettbewerb behaupten müssen. Sie leisten
 570 einen maßgeblichen Beitrag zur Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere im
 571 ländlichen Raum. Ihr Ziel ist es, eine wettbewerbsfähige Wirtschaft mit umweltverträglichem,
 572 nachhaltigem und naturnahen Wirtschaften in Einklang zu bringen.

573
 574 Derzeit zeichnet sich ein grundlegender Wandel auf den Weltmärkten für Agrarprodukte ab. Zu
 575 den Ursachen für diese Entwicklung gehören u.a. die weltweite Ernährungssituation, eine
 576 wachsende Nachfrage von höherwertigen bioerzeugten Lebensmitteln, auch aus den Schwel-
 577 lenländern, die Entwicklung an den Energie- und Rohstoffmärkten, eine zunehmende Weltbe-
 578 völkerung und der sich abzeichnende Klimawandel. Vor diesem Hintergrund kann langfristig
 579 von einem weltweit steigenden Bedarf an zertifizierten Nahrungsmitteln, Bau- und Verarbei-
 580 tungsstoffen sowie biogenen Energierohstoffen ausgegangen werden. In der Tendenz dürfte
 581 dies auch zu höheren Agrarpreisen führen, die jedoch künftig deutlich höheren Schwankungen
 582 unterliegen werden. Gleichzeitig ist auch die Land- und Forstwirtschaft von enorm steigenden

583 Betriebsmittel- und Energiepreisen betroffen. Die gestiegenen Kostenbelastungen gefährden
 584 zunehmend die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit vieler Unternehmen. Dieser Wandel auf den
 585 Agrar- und Holzmärkten findet schrittweise auch seinen Niederschlag in der weiteren Ausgestal-
 586 tung der Europäischen Agrarpolitik. So muss davon ausgegangen werden, dass die Direktzah-
 587 lungen an die Landwirte mittel und langfristig weiter reduziert und umverteilt werden. Gleichzei-
 588 tig werden staatliche Instrumente zur Marktintervention und Angebotssteuerung zurückgefah-
 589 ren. Im Gegenzug sind die Land- und Forstwirte jedoch wachsenden Risiken im wirtschaftlichen
 590 Umfeld als auch durch eventuelle Naturereignisse ausgesetzt.

591
 592 Grundlage bildet für uns die Sicherung der Urproduktion und der ortsnahen Veredelung. Dabei
 593 sind umweltpolitische Auflagen (Natur- und Tierschutz) einzuhalten; aber Flächenstilllegungen
 594 und maßlose Auflagen sowie eine weitere Schmälerung der Rechte der Grundeigentümer sind
 595 abzulehnen.

596
 597 Die Ernährungswirtschaft gehört in Thüringen zu den umsatzstärksten Wirtschaftszweigen. Die
 598 Branche setzte ihr kontinuierliches Wachstum in den letzten Jahren fort und konnte so den Um-
 599 satz jährlich und die Exportquote auf über 10 % steigern. Als Vertragspartner der Landwirt-
 600 schafts- und Forstbetriebe übernehmen die Unternehmen der Ernährungswirtschaft, der Holz-
 601 industrie und der Energieerzeugung eine wichtige Funktion in der Wertschöpfungskette zur Er-
 602 zeugung von Nahrungsmitteln, Holzprodukten und Energie ein.

603
 604 **Zur Weiterentwicklung der Thüringer Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft werden**
 605 **folgende Vorschläge unterbreitet:**

- 606 - Die Landespolitik muss auch künftig den Rahmen, den EU und Bund in der Agrar- und
 607 Forstpolitik vorgeben, durch landesspezifische Schwerpunktsetzungen so ausgestalten,
 608 dass die Unternehmen im Wettbewerb gestärkt werden. Wettbewerbsverzerrungen, insbe-
 609 sondere im Umwelt- und Naturschutzrecht, sind zu vermeiden.
- 610 - Um den positiven Entwicklungsprozess der Thüringer Land-, Forst- und Ernährungswirt-
 611 schaft fortzusetzen, bedarf es auch künftig ausreichender Finanzmittel zur Förderung von
 612 Investitionen. Zudem sollte eine Konzentration der Förderung auf die Unternehmen, die
 613 durch ihre Entwicklung nachgewiesen haben, dass sie Arbeitsplätze sichern und Wert-
 614 schöpfung im ländlichen Raum halten, erfolgen.
- 615 - Der Bereich der artgerechten Tierhaltung bedarf der besonderen Aufmerksamkeit. Er ist der
 616 Zweig der Landwirtschaft mit den meisten Arbeitsplätzen und der höchsten Wertschöpfung.
 617 Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, ein Konzept zur Beschleunigung von Investitions-
 618 maßnahmen in die Tierhaltung zu Beginn der neuen Legislaturperiode vorzulegen.
- 619 - Die Thüringer Landwirte und Waldbesitzer leisten einen maßgeblichen Beitrag zum Erhalt
 620 unserer Kulturlandschaft und damit auch für den Tourismus. Ohne die in den vergangenen
 621 Jahren bereitgestellten öffentlichen Finanzmittel wären die Land- und Forstbewirtschaftung
 622 und der Erhalt unserer attraktiven, vom Offenland und Wald geprägten Landschaften nicht
 623 möglich gewesen. Zu den wichtigsten Förderinstrumenten zum Erhalt der Kulturlandschaft
 624 zählen die Agrarumweltmaßnahmen und die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete.
 625 Mit Unterstützung dieser Förderprogramme konnte u.a. erreicht werden, dass auf Grenz-
 626 standorten die tiergebundene Pflege unserer Kulturlandschaft aufrechterhalten werden
 627 konnte. Um in der Zukunft eine flächendeckende Landbewirtschaftung und die Ressour-
 628 cenerschließung bei kleinparzelliertem Wald zu gewährleisten, bedarf es auch in den kom-
 629 menden Jahren einer ausreichenden finanziellen Ausstattung dieser Förderprogramme.
- 630 - Die umweltverträgliche Produktion von nachwachsenden Rohstoffen unterliegt einem hohen
 631 Wachstum. Neben der stofflichen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen kommt insbe-
 632 sondere der dezentralen Nutzung von Bioenergie in den kommenden Jahren eine wachsen-
 633 de Bedeutung zu. Um die vorhandenen Potenziale der Bioenergienutzung besser zu nutzen,
 634 wurde 2006 von der Thüringer Landesregierung ein Thüringer Bioenergieprogramm verab-
 635 schiedet. Dieses Bioenergieprogramm ist im Lichte der aktuellen Entwicklungen fortzu-
 636 schreiben und gegenüber anderen volatilen Energien zu forcieren.
- 637 - Die Nachwuchsgewinnung, Aus- und Weiterbildung ist für die Zukunft der Land-, Forst- und
 638 Ernährungswirtschaft von essentieller Bedeutung. Die Landespolitik wird deshalb aufgefor-

- 639 dert alle Anstrengungen zu unternehmen, um das hohe Niveau der Aus- und Weiterbildung
640 in diesem Bereich kontinuierlich weiterzuentwickeln.
- 641 - Die Land- und Ernährungswirtschaft wird in den kommenden Jahren vor neue Herausforde-
642 rungen gestellt. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, ist die Erschließung von
643 neuem Forschungs- und Beratungspotenzial zur Unterstützung der Agrar-, Forst- und Er-
644 nährungswirtschaft Thüringens notwendig. Die Politik wird daher aufgefordert zu prüfen,
645 über welche Maßnahmen bzw. Finanzmittel der öffentlichen Hand bzw. in Kombination mit
646 privatem Kapital die strukturellen und finanziellen Möglichkeiten in Thüringen in diesem Be-
647 reich deutlich gestärkt werden können.
- 648 - Erfolgreiche Unternehmen der Ernährungswirtschaft und rohholzverarbeitenden Industrie
649 sehen ihre Zukunft zunehmend auch auf überregionalen Märkten. Um die Thüringer Unter-
650 nehmen der Ernährungswirtschaft bei der Erschließung dieser Märkte noch besser zu un-
651 terstützen, wird die Landespolitik gebeten, die Ausarbeitung und Umsetzung einer Exportof-
652 fensive für diesen Bereich zu prüfen.

653

654 **4. Energie- und Umweltpolitik, Wasser / Abwasser**

655 Energie- und umweltpolitische Aspekte sowie günstige Kostenstrukturen bei der Ver- und Ent-
656 sorgung sind wichtige Faktoren bei Standortentscheidungen von Unternehmen. Die Höhe der
657 Energie- sowie der Wasser- und Abwasserkosten und umweltpolitische Auflagen sind für Unter-
658 nehmer sofort spürbar.

659

660 Gerade in der Energiepolitik muss die zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung der
661 Wirtschaft Priorität besitzen. Das Problem sind einerseits die niedrigen Erlöse für die Energie-
662 produzenten, die existenzbedrohend und z.T. nicht mehr kostendeckend sind, und andererseits
663 die hohen Verbraucherpreise, die durch verschiedenste Abgaben und Steuern in Deutschland
664 anstehen. An dieser Stelle ist die deutsche Politik in der Verantwortung, die selbst initiierten
665 Entwicklungen so zu korrigieren, dass die Explosion der Verbraucherpreise ein Ende hat.

666

667 Die Energiewende hat unsere Energielandschaft nachhaltig und tiefgreifend verändert. Durch
668 den massiven Ausbau von Wind- und Solarstromanlagen in den vergangenen Jahren sowie der
669 notwendigen Finanzierung des Netzaus- und umbaus in Deutschland ist der Strompreis aus
670 Verbrauchersicht im internationalen Vergleich überproportional gestiegen, was weite Teile der
671 Wirtschaft zunehmend belastet. Durch die kleinteilige mittelständische Wirtschaftsstruktur im
672 Freistaat ist die Anzahl der von der EEG-Umlage befreiten Betriebe in Thüringen überschaubar.
673 Damit ist unsere Wirtschaft im bundesdeutschen Vergleich überproportional mit Energiekosten
674 belastet. Deswegen begrüßen wir die Neuregulierung der EEG-Befreiungstatbestände, da diese
675 zurück zu einer gerechteren Verteilung der Lasten führen wird.

676

677 Inzwischen hat auch die Erkenntnis Platz gegriffen, dass volatile Erneuerbare Energieträger wie
678 z.B. Wind und Sonne das grundlastorientierte Energieversorgungssystem in Deutschland zu-
679 nehmend unter Druck bringen, da konventionelle Kraftwerke oft gar nicht so schnell herunter-
680 bzw. hochgefahren werden können, wie die volatile Energieeinspeisung schwankt. Dieser
681 dadurch notwendige Ausgleich führte zu weiteren immensen Zusatzkosten.

682

683 Um die energiebedingten Umweltbelastungen weiter zu mindern und den Klimaschutz ökonomie-
684 und beschäftigungsverträglich voranzubringen, müssen die Techniken zur Nutzung erneu-
685 erbarer Energien vor allem auf der Basis von Biomasse verstärkt gefördert werden. Der Entwurf
686 des EEG 2014 erkennt die Bedeutung und das Potenzial von Biomasse. Als einziger relevan-
687 ter Energieträger im Bereich der Erneuerbaren Energien ist die Biomasse in der Lage bedarfs-
688 gerecht Regelenergie zu liefern, d.h. immer dann (kurzfristig) Strom einzuspeisen, wenn dieser
689 aus Wind und Sonne nicht zur Verfügung steht.

690

691 Mit der Erzeugung von Bioenergie und der stofflichen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen
692 können sich die Landwirte neue Einkommensquellen erschließen. Auf die Bioenergie legen
693 wir daher unser Augenmerk beim Ausbau der erneuerbaren Energien, da sie anders als Photo-
694 voltaik und Windkraft speicherbare Energie liefert. Die Wertschöpfung bleibt dabei in den Regi-
695 onen und die Menschen profitieren direkt davon, z.B. durch lokale Energiegenossenschaften.
696

697 Der wichtigste und stärkste Hebel zur Erreichung der gesteckten Ziele in der Energie- und
698 Klimapolitik ist eine umfassende und nachhaltige Energieeffizienz. Mit dem Programm ThEO –
699 der Thüringer Energie-Offensive sowie den Aktivitäten der Thüringer Energie- und GreeTech-
700 Agentur wurden wichtige Grundsteine gelegt. Jetzt gilt es, darauf aufzubauen, was sich z.B.
701 vorbildhaft in der energieeffizienten Ausrichtung aller Immobilien des Landes und seiner Kom-
702 munen äußern könnte. Das sollte sich auch in nachhaltiger Umsetzung von kommunalen und
703 betrieblichen Konzepten zum Klimaschutz und zur Energieeffizienz, in innovativen Produkten,
704 die sich in der Kreislaufwirtschaft einfügen, äußern.
705

706 Die Thüringer Kommunen haben mit der Kommunalisierung der bisher privaten Energieversor-
707 gung eine deutschlandweit einmalige Chance bekommen. Die Gestaltungsfähigkeit der Ener-
708 gieversorgung liegt nun in ihren eigenen Händen. Um zukunftssicher zu bleiben, muss diese
709 Versorgungsstruktur mit Bedacht den neuen Gegebenheiten, wie z.B. der zunehmend dezentra-
710 len Stromversorgung und dem demographischen Wandel, angepasst werden. Zur Steuerung
711 dieser komplexen Strukturentwicklungen bietet sich für Thüringen ein Energiepakt mit Vertretern
712 der Erzeuger, der Versorgungswirtschaft, der Verbraucher und der Politik mit dem Ziel einer
713 zukunftssicheren preiswürdigen Energieversorgung an.
714

715 Weil die volatilen Energieträger auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen werden, aber abseh-
716 bar nicht grundlastfähig werden können, ist die Frage von Speichern und Speichertechnologie
717 eine der Herausforderungen der kommenden Jahre. In naher Zukunft bleibt es illusorisch, auf
718 DIE großen Speichermedien oder -technologien zu hoffen. Aber ein Ansatz könnte eine gesun-
719 de Mischung aus Technologieoffenheit und Freiwilligkeit sein. Deswegen ist es erforderlich, sich
720 nicht nur auf ein Speichermedium, wie z.B. Pumpspeicherkraftwerke, zu beschränken, sondern
721 alle Möglichkeiten der Energiespeicherung zu eruieren. In Frage kommen könnten u.a. dezent-
722 rale Systeme, die direkt vor Ort, wo die entsprechende Energie aufgefangen oder benötigt wird,
723 zum Einsatz kommen und durch ihre Vernetzung in einem intelligenten gegenseitig abgestimm-
724 ten Netz ihre systemrelevante Rolle wahrnehmen können. Gerade in diesem Bereich wird noch
725 Forschung und Entwicklung nötig sein, wo u.a. die Thüringer Forschungseinrichtungen zusam-
726 men mit den Thüringer Unternehmen eine wichtige Rolle einnehmen können und sollen.
727

728 Die Kraft-Wärme-Kopplung in Kleinanlagen für die privaten Haushalte soll von der Landesregie-
729 rung unterstützt werden. Die Verwendung von Holz würde durch die Förderung von Biomasse-
730 heizkraftwerken, die sich im Gegenzug zur kontinuierlichen Abnahme von einheimischem Wald-
731 restholz und Holz von landwirtschaftlichen Schnellwuchsflächen verpflichten, angekurbelt. Aber
732 auch nachwachsende Rohstoffe aus der Landwirtschaft sollen in diesem Sektor Einsatz finden.
733 Im ländlichen Raum kann mit Hilfe der Dorferneuerung die Wärme- oder Gasversorgung der
734 Haushalte aus landwirtschaftlichen Biogasanlagen gefördert werden. Geothermie als stabiler,
735 wetter- und zeitunabhängiger Energielieferant muss in gleicher Weise gefördert werden.
736

737 Die MIT Thüringen begrüßt die Initiative des Freistaates, Wasser- und Abwasserverbände zu-
738 mindest teilweise zu entschulden und ihnen eine realistische Möglichkeit zu einer nachhaltigen
739 Sanierung zu geben. Somit werden die Beitragszahler entlastet. Trotzdem ist die Landesregie-
740 rung aufgerufen, auch weiterhin eine Aufdeckung und Nutzung von Kostensenkungspotentialen
741 zu forcieren. Das von der FH Schmalkalden entwickelte System zum Benchmarking in diesem
742 Bereich bildet nach wie vor eine sehr gute Basis dafür. Auch hier, wie in der gesamten Abfall-

743 wirtschaft, ist die Ermöglichung mittelständischen Wettbewerbs die Grundlage für sinkende
744 Preise.

745
746 Bei künftigen abwassertechnischen Planungen muss neben wasserwirtschaftlichen Belangen
747 auch eine sich an der Wirtschaftlichkeit und der demografischen Entwicklung orientierende zeit-
748 liche Einordnung der Investitionen beachtet werden. Damit die Abwasserentsorgung bezahlbar
749 bleibt, muss der Staat auch zukünftig mit Fördermitteln helfen. Bei staatlichen Hilfen und eige-
750 nen Maßnahmen des Landes müssen Investitionen in die Abwasserinfrastruktur unter Beach-
751 tung des Hochwasserschutzes Vorrang vor Maßnahmen zur naturnahen Gewässerentwicklung
752 oder zur Herstellung der Durchgängigkeit der Gewässer haben.

753
754 **Unsere Vorschläge für eine erfolgreiche und nachhaltige Energie- und Klimapolitik im**
755 **Freistaat Thüringen lauten:**

- 756 - Sicherstellung einer grundlastfähigen Energieversorgung mit weitestgehendem Anteil von
757 „Grünen Strom“ ohne Aufbau von überschüssigen Erzeugungskapazitäten,
- 758 - Im EEG-Gesetzgebungsverfahren müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden,
759 welche den weiteren, an den vorhandenen Potenzialen orientierten Ausbau der Biogasanla-
760 gen ermöglichen und sicherstellen, dass die Bioenergieerzeugung insbesondere in landwirt-
761 schaftlichen Biogasanlagen auch weiterhin wirtschaftlich möglich ist und das vorhandene
762 Potential zur Flexibilisierung der Stromerzeugung genutzt werden kann,
- 763 - Mitgestaltung einer deutschlandweiten Energiewende, die einerseits die gesteckten Ziele
764 erreichen soll, aber nicht zu einer ungebremsten Kostenexplosion führen darf,
- 765 - Ausnutzung aller wirtschaftlichen Potentiale im Bereich der Bioenergie, d.h. im Bereich der
766 thermischen bzw. der Biogas-Verwertung; regenerative Energien sollten auf der Basis nach-
767 haltiger Erzeugung unter Berücksichtigung des Wald- und Landschaftsschutzes und von
768 Tourismusbelangen ausgebaut werden,
- 769 - Einrichtung eines Thüringer Energiepaktes unter Federführung der Landesregierung,
- 770 - stärkere Aktivitäten bzw. Anreize für eine umfassende freiwillige Initiative zur Energieeffizi-
771 enz in Gebäuden und in der Wirtschaft, z.B. verstärkte Einführung und Nutzung von Ener-
772 giemanagementsystemen,
- 773 - Konzentration der Thüringer Forschungs- und Entwicklungslandschaft auf kreislaufwirt-
774 schaftsfähige Produkte, Systeme oder Prozesse,
- 775 - flächendeckende Koordinierung von kommunalen Klima- und Energieeffizienzkonzepten zur
776 Vermeidung von Mehrfachaufwendungen;
- 777 - Überprüfung aller Landesförderprogramme hinsichtlich der Einbeziehung des Energieeffi-
778 zienzgedankens;
- 779 - Durchsetzen des energiesparenden Planens und Bauens insbesondere in der Wohnungs-
780 wirtschaft auf der Basis der Bundesregelungen und -förderungen unter verstärkter Einbezie-
781 hung des Thüringer Handwerks;
- 782 - Einwirkung des Freistaates über den Bundesrat zu einer klimaschutzorientierten Änderung
783 der Merit-Order-Praxis an der Strombörse, die bisher dazu führt, dass alte Braunkohlekraft-
784 werke den klaren Vorzug vor modernen CO₂-armen Energieerzeugungsanlagen bekommen;
- 785 - Die Landesregierung sollte weiter aktiv auf die Wasser- und Abwasserzweckverbände Ein-
786 fluss nehmen, damit vorhandene Kostensenkungspotentiale besser erschlossen werden.
- 787 - Investitionen in die Abwasserinfrastruktur müssen Vorrang vor Maßnahmen zur naturnahen
788 Gewässerentwicklung oder zur Herstellung der Durchgängigkeit der Gewässer haben.

789
790 **5. Infrastrukturpolitik**

791 **5.1. Verkehr**

792 Eine leistungsfähige und moderne Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung für eine funktionie-
793 rende Wirtschaft und weiteren wirtschaftlichen Aufschwung. Durch seine zentrale Lage in
794 Deutschland und Europa ist Thüringen heute für Unternehmen aller Branchen nicht nur als
795 Transitland attraktiv. Globalisierung und verstärkte ökonomische Arbeitsteilung lassen auch

796 zukünftig eine Erhöhung der Nachfrage nach Logistik- und Transportdienstleistungen erwarten.
797 So wird bis zum Jahr 2025 mit einer deutlichen Zunahme der Güterverkehrsleistungen gerech-
798 net. Nur mit einer modernen und effizienten Verkehrsinfrastruktur können die aktuellen und
799 künftigen Verkehrs- und Warenströme bewältigt werden. Dies gilt für Bundesfern- und Landes-
800 straßen gleichermaßen.

801
802 Ab 2017 wird Thüringen durch den neuen ICE-Knoten in Erfurt zur schnellen Mitte Deutsch-
803 lands. Die sich daraus ergebenden Wachstumspotentiale müssen durch zielgerichtete Investiti-
804 onen und die Ansiedlung von Unternehmen genutzt werden.

805
806 Die MIT setzt sich für die Weiterentwicklung des Flughafens Erfurt-Weimar ein, um den stei-
807 genden Anforderungen an eine moderne Mobilität und Logistik gerecht zu werden. Sowohl die
808 Attraktivität, die Auslastung als auch seine Wirtschaftlichkeit müssen jedoch gesteigert werden.
809 Dabei unterstützen wir Bemühungen beim weiteren Aufbau des Charterfluggeschäfts mit Reise-
810 veranstaltern und bei der Ansiedlung luftverkehrsaffinen Gewerbes rund um den Flughafen.

811 Der Aufbau des Autobahnnetzes in Thüringen ist auf der Zielgeraden. Alle Neubau-Autobahnen
812 werden bis Mitte 2015 unter Verkehr sein. Im Bundes- und im Landesstraßenbau gibt es wei-
813 terhin Nachholbedarf, insbesondere beim Bau von Ortsumgehungen. Teilweise dramatisch ist
814 der Zustand von Kreis- und Gemeindestraßen.

815 Durch die EU-Erweiterung hat die Bedeutung Thüringens als zentrales Transitland zugenom-
816 men. Globalisierung und verstärkte ökonomische Arbeitsteilung lassen zukünftig eine Erhöhung
817 der Nachfrage nach Logistik- und Transportdienstleistungen erwarten. Dies zeigt sich ein-
818 drucksvoll an den Ansiedelungen bedeutender Logistikzentren im Erfurter Raum.

819 Im Zuge der Entwicklung des ICE-Knotens kann auch der Güterumschlag in der Mitte Deutsch-
820 lands stark profitieren. Dazu muss das Güterverkehrszentrum Erfurt dieser veränderten Zukunft
821 angepasst werden. Hier und in den Regionen sollte mit dem Ausbau der Güterverkehrsstellen
822 inklusive Anschlussbahnen der Umschlag von Gütern zwischen Schiene und Straße wechsel-
823 seitig ausgebaut werden. Auch der Flughafen Erfurt-Weimar mit seinen Frachtflügen hat für
824 ganz Thüringen einen wichtigen Anteil und muss entsprechend eingebunden werden.

825 Mit der Einführung der Maut für schwere Nutzfahrzeuge Anfang 2005 wurde ein Schritt in Rich-
826 tung Nutzerfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur unternommen. Die von der Bundesregierung
827 zugesagte Kompensation ist jedoch bis heute nicht vollständig erfolgt. Trotzdem will die Bun-
828 desregierung eine „Maut für alle“ einführen. Diese, wie auch die bisher nur teilweise Kompensa-
829 tion, sind vollständig ausgabenneutral umzusetzen.

830
831 Die Entwicklung des Dieselpreises bedroht das Thüringer Verkehrsgewerbe nachhaltig. Die
832 Kraftstoffpreise sind allein von 2002 bis 2008 um 100% gestiegen und machen heute bis zu
833 30% der Betriebskosten aus. Weitere Kostensteigerungen resultieren neben der geplanten
834 Mauterhöhung aus den erhöhten Anforderungen an die Berufskraftfahrerqualifikation, den Sozi-
835 alvorschriften und der Einrichtung von Umweltzonen.

836
837 Das kommunal und mittelständisch geprägte ÖPNV-Gewerbe auf Straße und Schiene hat ein
838 sehr gutes Niveau erreicht. Es kommt jetzt darauf an, diesen Standard zu halten. Angesichts
839 des demografischen Wandels und der Entwicklung der Kraftstoff- und Energiepreise werden
840 bedarfsgerechte und maßgeschneiderte Angebote an Bedeutung gewinnen.

841
842 **Unsere Vorschläge für die Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur und der Ver-**
843 **kehrsdienstleistungen in Thüringen:**

844 - Der Erhalt einer leistungsfähigen Infrastruktur ist für die Entwicklung des Wirtschaftsstandor-
845 tes unabdingbar. Dafür bedarf es angemessener Aufwendungen des Freistaats und der
846 Kommunen.

- 847 - Nach der Fertigstellung des Autobahnnetzes müssen nun vor allem Planung und Bau drin-
 848 gend benötigter Ortsumgehungen forciert werden. Hierzu ist im Rahmen der Fortschreibung
 849 des Bundesverkehrswegeplanes mit Nachdruck die finanzielle Untersetzung einzufordern.
 850 - Für den Landesstraßenbau dürfen die Mittel nicht abgesenkt werden, weil es einen immer
 851 größer werdenden investiven Nachholbedarf, insbesondere bei den Kreis- und Gemein-
 852 destraßen und den Brückenbauwerken, gibt.
- 853 - Es soll auf den Fortbestand und Ausbau der Güterverkehrsstellen und Anschlussbahnen im
 854 Freistaat hingewirkt werden, um der regionalen Wirtschaft auch künftig Transportmöglichkei-
 855 ten auf der Schiene zu ermöglichen. Die Verknüpfung der Verkehrsträger Straße/Schiene
 856 sollte weiter verbessert werden.
- 857 - Zügiger Abschluss des zweigleisigen und elektrifizierten Ausbaus der Mitte-Deutschland-
 858 Schienenverbindung.
- 859 - Die Luftverkehrsinfrastruktur in Thüringen soll den Tourismus und die Ansiedlung von Luft-
 860 fahrtunternehmen, luftfahrtaffinem Gewerbe und anderen Wirtschaftszweigen unterstützen.
 861

862 **5.2. Städte- und Wohnungsbau**

863 Funktionsfähige und lebendige Innenstädte sind eine wesentliche Voraussetzung für die Entfal-
 864 tung von Handwerk, Handel und Dienstleistungen. Um die urbane Lebensqualität zu verbes-
 865 sern, müssen die Innenstädte Thüringens weiter vitalisiert werden.
 866

867 Eine verstärkte Ausrichtung der Städte- und Wohnungsbauförderprogramme auf den Klima-
 868 schutz kann sowohl ökologische als auch wirtschaftliche und den Mittelstand fördernde Wirkun-
 869 gen entfalten. Gerade das lokale Handwerk kann von diesem Trend profitieren, da im Bereich
 870 der Sanierung durch die Kleinteiligkeit der Maßnahmen mittelständische Unternehmen als Auf-
 871 tragnehmer besonders geeignet sind. Zugleich werden Bürger und Unternehmen durch Ver-
 872 brauchseinsparungen entlastet.
 873

874 Die Nachfrage nach barrierefreien und behindertengerechten Wohnungen wird mit der Zunah-
 875 me an älteren Bürgern quantitativ und qualitativ ansteigen. Dies erfordert auch die Förderung
 876 neuer, generationsübergreifender Wohnformen (z. B. Mehrgenerationenwohnen, betreutes
 877 Wohnen). Auch die weitere Förderung von Wohneigentum leistet einen Beitrag, dem demogra-
 878 phischen Wandel entgegenzuwirken, indem Familien und damit den Leistungsträgern der Ge-
 879 sellschaft die Möglichkeit gegeben wird, im Freistaat ihren Lebensmittelpunkt zu finden.
 880

880 **Wir fordern daher:**

- 881 - Die Instrumente zur Stärkung der Innentädte bzw. zur Entwicklung von Brachflächen sind
 882 weiterzuentwickeln, um die Entwicklung mittelständischer Gewerbe-, Handels-, und Dienst-
 883 leistungsnutzungen zu unterstützen.
- 884 - Dem Trend auf „die grüne Wiese“ muss durch attraktive Angebote in den Innenstädten Ein-
 885 halt geboten werden. Hierfür trägt die kommunale Ebene eine besondere Verantwortung.
- 886 - Die Berücksichtigung der energetischen Sanierung im Bestand durch die Instrumente der
 887 Städte- und Wohnungsbauförderung ist fortzusetzen.
- 888 - Die qualitative Verbesserung des Wohnraums ist weiter zu verfolgen. Großen Teilen der
 889 Bevölkerung ist die Möglichkeit zu eröffnen, sich Wohneigentum zu schaffen.
- 890 - Wohnungsbauförderung ist in Thüringen auch zukünftig notwendig. Sie kann in Form von
 891 revolvierenden Fonds erfolgreich und zukunftssicher gestaltet werden. Die zukünftig für die
 892 Wohnungsbauförderung vorgesehenen Mittel sind in diese Fonds einzuspeisen.
 893

894 **5.3. IT-Infrastruktur/Breitbandversorgung**

895 **Unsere Vorschläge:**

- 896 - Steigerung der Versorgungsquoten mit Hochgeschwindigkeitsinternet; flächendeckender
897 Ausbau mit mindestens 50 Mbit bis 2018
- 898 - Stärkere Nutzung technischer Innovationen, sowohl bei drahtgebundenen als auch bei funk-
899 basierten Technologien (z.B. Vectoring und LTE-Advanced) für höhere Datenübertragungsraten,
900
- 901 - Netzneutralität (Gleichberechtigung der Datenübertragung unabhängig von Inhalt oder An-
902 bieter),
- 903 - Förderung der Voraussetzungen für kostenlose WLAN-Angebote in Thüringer Städten,
- 904 - Open Data (freie Verfüg- und Nutzbarkeit von öffentlichen Daten) in der öffentlichen Verwal-
905 tung ist ein Schlüsselfaktor, um Innovationen und Wachstum voranzutreiben. Gefordert wird
906 • ein zügiger Ausbau des landeseigenen zentralen Informationsregisters im Sinne des
907 Open Data - Gedankens
908 • E-Partizipation
909 • unternehmensorientierte E-Government-Angebote gemäß der im Mai 2014 im Thüringer
910 Kabinett beschlossenen Strategie für E-Government und IT
- 911 - Gefordert wird mittelfristig auch Open Access (kostenloser Zugang zu wissenschaftlicher
912 Literatur im Internet) bei Veröffentlichungen aus durch Landesmitteln geförderten For-
913 schungsprojekten, um damit eine möglichst weitreichende Verbreitung von wissenschaftli-
914 chen Erkenntnissen zu garantieren.

915

916 **6. Familienfreundliche Arbeitswelt und Gesellschaft**

917 Globaler Standortwettbewerb einerseits und zunehmender Fachkräftemangel andererseits sind
918 große Herausforderungen. Die Nachfrage nach gut ausgebildetem Personal wird steigen und
919 Menschen werden dorthin ziehen, wo sie mit ihren Kindern und ihren Berufswünschen am bes-
920 ten leben können. Und Unternehmen werden sich da ansiedeln, wo sie Arbeitskräfte finden und
921 halten können. Weil Familienfreundlichkeit also ein an Bedeutung gewinnender Standortfaktor
922 ist, haben sowohl die Unternehmen als auch die Landesregierung ein Interesse daran, die Le-
923 bens- und Arbeitsbedingungen für Fach- und Führungskräfte im Freistaat weiter zu verbessern.

924

925 Durch starke Netzwerke aller gesellschaftlichen Kräfte und Partner aus Wirtschaft, Wissen-
926 schaft, Verwaltung, Vereinen und Institutionen soll das Lebensumfeld von Familien nachhaltig
927 positiv gestaltet werden.

928

929 **Unsere Vorschläge zur Erhöhung der Familienfreundlichkeit in Arbeitswelt und Gesell-** 930 **schaft lauten:**

- 931 - Initiierung und Unterstützung weiterer lokaler Bündnisse für Familien im Land (Als Vorbild
932 mit Modellcharakter kann das Jenaer Bündnis für Familie gesehen werden). Durch intensive
933 Zusammenarbeit dieser Bündnisse mit Unternehmen soll für ein betriebliches Engagement
934 im Bereich "Vereinbarkeit von Beruf und Familie" geworben werden.
- 935 - Aufbau eines Familienservices als zentrale Anlaufstelle für flexible Kinderbetreuung. Dieser
936 berät und vermittelt Hilfe rund um alle Fragen der Kinderbetreuung, verbessert das Betreu-
937 ungsangebot und unterstützt zudem Unternehmen bei einer familienfreundlichen Unterneh-
938 menskultur.
- 939 - Förderung bedarfsgerechter und flexibler Kinderbetreuung und familienfreundlicher Arbeits-
940 plätze
- 941 - Durchführung von Workshops zur familienfreundlichen Personalpolitik für Unternehmen
- 942 - Finanzielle Unterstützung zur Schaffung und Bereitstellung von weiteren Kinderbetreuungs-
943 plätzen und der Unternehmen zur Erweiterung der Möglichkeiten betrieblich unterstützter
944 Kinderbetreuung (z.B. Betriebskindergärten)
- 945 - Bereitstellung eines angemessenen Angebotes von Ferienfreizeiten für Kinder und Schüler
- 946 - Förderung von Kurzzeitpflegeeinrichtungen für Senioren
- 947 - Einrichtung von Kleinkinder-Spielecken in öffentlichen Einrichtungen

- 948 - Einführung eines Thüringer Studienkredites, auf dessen Rückzahlung bei einer Arbeitsauf-
949 nahme im Freistaat nach Abschluss der Ausbildung in Abhängigkeit von der Dauer der Tä-
950 tigkeit in Thüringen teilweise oder vollständig (z.B. nach fünf Jahren) verzichtet wird
951 - Die Sicherstellung der flächendeckenden Ärzteversorgung in ganz Thüringen ist Aufgabe
952 der Kassenärztlichen Vereinigungen. Dieser Versorgungsauftrag sollte gezielt ergänzt wer-
953 den, indem eine attraktive Förderung von Praxisübernahmen und -gründungen durch Ärzte
954 ermöglicht wird. So kann einem befürchteten Ärztemangel in einzelnen Regionen Thürin-
955 gens begegnet werden.
956

957 **7. Bildungspolitik**

958 Das Bildungs- und Ausbildungssystem steht vor der Herausforderung, den Qualifikations- und
959 Kompetenzanforderungen (insbesondere persönliche und soziale Kompetenzen) der heutigen
960 Zeit gerecht werden zu müssen. Wettbewerb und Leistungsdenken im Bildungssystem sind mit
961 dem Ziel einer bedarfsgerechten Ausbildung zu fördern.
962

963 Vorhandene Arbeitslosigkeit und ungedeckter Personalbedarf der Unternehmen stehen im Wi-
964 derspruch. Etwa die Hälfte der Thüringer Unternehmen hat bereits heute einen erhöhten Bedarf
965 an Fachkräften und gibt an, dass dieser anhalten wird. Insbesondere bewerben sich auf ausge-
966 schriebene Stellen in der Metallbe- und -verarbeitung, im Maschinenbau, in der Medizintechnik
967 und im Gesundheitswesen zu wenige Fachkräfte. Eine eigene Umfrage ergab, dass noch immer
968 qualifizierte Leistungsträger in die alten Bundesländer oder ins Ausland abwandern. Zudem
969 gehen demografische Prognosen davon aus, dass in wenigen Jahren nur noch die Hälfte der
970 Schulabgänger für eine Berufsausbildung in den Betrieben zur Verfügung steht. Die Thüringer
971 Unternehmer sind sich einig: Die Lösung dieses Problem muss im Interesse wirtschaftlicher und
972 damit auch sozialer Prosperität im Freistaat bereits heute in Angriff genommen werden. Dabei
973 wird der Eigenverantwortung der Unternehmen bei der Anwerbung und Ausbildung von Fach-
974 kräften großes Gewicht beigemessen.

975

976 **7.1. Schulpolitik**

977 Die allgemeinen Grundlagen für die spätere Ausbildungsreife werden im Elternhaus und in der
978 Schule gelegt. Die Wirtschaft kann ihrer Verantwortung für die Ausbildung nur dann gerecht
979 werden, wenn Eltern, Staat und Schule ihre Verantwortung bezüglich der Ausbildungs- und
980 Studierfähigkeit der Schulabgänger wahrnehmen. Qualitätssichernde Instrumente müssen für
981 alle Bereiche des Bildungswesens entwickelt werden. Mangelhafte Ausbildungsreife einschließ-
982 lich fehlender Sozialkompetenzen werden neben den demografischen Faktoren zukünftig zum
983 entscheidenden Engpass für die Nachwuchsbildung der Thüringer Unternehmen.
984

985 Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Unternehmen kann ausgebaut werden, indem in
986 den Lehrplänen ab Klasse 8 aller Schularten verbindlich lernzielorientierte Betriebspraktika vor-
987 gesehen werden. Dies muss flankiert werden durch Betriebsbesichtigungen, Projektstage und
988 Lehrerfortbildung mit Praktika in Unternehmen sowie die Mitarbeit von Lehrern in Ausbilderar-
989 beitskreisen.
990

991 **Unsere Vorschläge zur besseren Vorbereitung der Schüler auf die berufliche Ausbildung 992 und die Arbeitswelt lauten:**

- 993 - Schulbildung ist Persönlichkeitsbildung. Schulische Bildung muss Wissensvermittlung, Wer-
994 teerziehung und Handlungsorientierung umfassen. Sie muss Lern- und Leistungsbereit-
995 schaft, also eine Kultur der Anstrengung erzeugen, Selbstverantwortung entwickeln und Be-
996 gabungsreserven ausschöpfen.

- 997 - Schule sollte wirtschaftliches und anwendungsbereites Wissen vermitteln und die Ausbil-
 998 dungsreife der Schulabgänger sichern. Schüler müssen Arbeit, Wirtschaft und Technik als
 999 elementare Lebensbereiche begreifen und ihre Fähigkeiten und Chancen auf dem Arbeits-
 1000 markt realistisch bewerten können. Hilfreich sind Bildungsangebote, die stärker an die un-
 1001 ternehmerische Selbstständigkeit heranzuführen, die Eigeninitiative, Leistungsorientierung und
 1002 Risikobereitschaft in Verbindung mit ökonomischen Grundkenntnissen fördern.
- 1003 - Integrierte Ganztagsangebote sind bedarfsorientiert in allen Schulformen auszubauen, um
 1004 die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern und um die individuelle und differenzierte
 1005 Förderung zu intensivieren.
- 1006 - Es gilt einerseits die Thüringer Regelschule zu stärken und andererseits die Attraktivität
 1007 dualer Ausbildungsgänge in Verbindung mit dem Erwerb von Fachhochschul- oder Universi-
 1008 tätsabschlüssen ebenso weiter zu entwickeln, wie die Selbstständigkeit und die Erweiterung
 1009 des Studienangebotes der Berufsakademie Thüringen.
- 1010 - Die Schulen sollten stärker auf technische Themen ausgerichtet werden. Sowohl die natur-
 1011 wissenschaftlichen Kenntnisse als auch die methodischen Fähigkeiten der Schulabgänger
 1012 reichen oft für eine Ausbildung in technischen Berufen, wie z.B. zu Mechatronikern oder
 1013 Energieelektronikern, nicht mehr aus. Das gilt insbesondere für Regelschulen, für die eine
 1014 intensivere Vermittlung von Wissen in den Fächern Mathematik, Physik, Chemie, Deutsch
 1015 und Biologie und von methodischen Fähigkeiten bei der selbstständigen Wissensaneignung
 1016 gefordert werden. Es wird vorgeschlagen, ein Schulfach „Praktische Technik“ einzuführen,
 1017 um Schüler an die Lösung technischer Probleme heranzuführen, die eine fachübergreifende
 1018 Denk- und Handlungsweise erfordern. Arbeitssuchende ältere, berufserfahrene Ingenieure
 1019 könnten mit einer zusätzlichen pädagogischen Weiterbildung zur Leitung solcher Projekt-
 1020 gruppen qualifiziert werden.
- 1021 - Es sind mehr Anstrengungen zur Vermeidung von Unterrichtsausfall zu unternehmen. Die-
 1022 ser sollte dann neben den Fehlzeiten der Schüler auch auf den Zeugnissen erfasst werden.
- 1023 - Zur Berufswahlorientierung sollten Projekte wie z.B. „Berufsstart plus“ Bestandteil der Lehr-
 1024 pläne sein.

1025

1026 **7.2. Berufsausbildung**

1027 Eine Alternative zum System der dualen Berufsausbildung gibt es nicht. Dazu bekennen sich
 1028 die Thüringer Unternehmer unverändert und zeigen mit ihrer hohen Ausbildungsbereitschaft,
 1029 dass Unternehmenserfolg und Interessen des Gemeinwohls zu verknüpfen sind. Das setzt je-
 1030 doch geeignete Rahmenbedingungen sowie Reformen in der Ausbildung voraus.

1031

1032 **Unsere Vorschläge zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Berufsbildung lauten:**

- 1033 - Einer Ausbildungsabgabe für Unternehmen ist in jeder Form und in aller Konsequenz ent-
 1034 gegenzutreten, insbesondere deshalb, weil sich sonst viele Unternehmen freikaufen würden
 1035 und somit praxisferne, außerbetriebliche Lehrstellen entstehen. Es kann auch nicht Aufgabe
 1036 des Staates sein, Eigenverantwortlichkeit, Handlungsspielraum und Unabhängigkeit der Un-
 1037 ternehmen einzuengen.
- 1038 - Der Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes sollte auf die Gesundheits- und Pflegeberu-
 1039 fe, die bisher dem Landesrecht unterstehen, ausgeweitet werden. Der tertiäre Bereich, wie
 1040 zum Beispiel Berufsakademien und Fachhochschulen, muss dagegen weiterhin ausge-
 1041 schlossen bleiben, um Überregulierungen zu vermeiden.
- 1042 - Mit der Erweiterung des Berufsbildungsgesetzes ist zu berücksichtigen, dass die Schulab-
 1043 gänger älter geworden sind. Zu den Rechten dieser Auszubildenden müssen sich auch ent-
 1044 sprechende Pflichten gesellen.

- 1045 - Die Berufsausbildung muss flexibilisiert werden. Sie benötigt ein ausgeklügeltes System
 1046 breiter Grundlagenbildung und später Spezialisierung. Das bedeutet für viele anerkannte
 1047 Ausbildungsberufe längere gemeinsame Schul- und Ausbildungszeiten, um breite Kern-
 1048 kompetenzen zu vermitteln. Berufsbildende Schulen könnten dann länger gemeinsam be-
 1049 schulen. Die Spezialisierung erfolgt im letzten Drittel der Ausbildungszeit. Vorstellbar ist
 1050 auch, die Stufenausbildung auf weitere Berufe auszudehnen und zusätzlich zweijährige Be-
 1051 rufsausbildungsmöglichkeiten für praktisch Begabte mit Prüfung (voller Beruf) zu ermögli-
 1052 chen.
- 1053 - Die Modernisierung bestehender Berufe und die Schaffung neuer Berufe müssen beschleu-
 1054 nigt und neue Qualifikationsanforderungen schneller integriert werden, um die Ausbildungs-
 1055 ordnungen an den tatsächlichen, aktuellen Bedarf der Wirtschaft anzupassen.
- 1056 - Prüfungen sollten bundeseinheitlich, aussagekräftig und bezahlbar sein und durch ihre Ver-
 1057 gleichbarkeit die Mobilität der Absolventen gewährleisten.
- 1058 - In der beruflichen Bildung existieren zu viele Abstimmungsgremien sowohl auf regionaler als
 1059 auch auf Landesebene. Dieser Dschungel muss gelichtet werden.
- 1060 - Um die Weiterqualifizierung von Berufstätigen zu unterstützen und die Nachfolgen in den
 1061 Thüringer Unternehmen zu sichern, wollen wir einen Meisterbonus (z.B. 1000 Euro) einfüh-
 1062 ren. Dieser Bonus des Freistaats soll diejenigen unterstützen, die sich auf den Weg ma-
 1063 chen, den Meistertitel zu erwerben und damit die Zukunftsfähigkeit des Handwerks und der
 1064 Unternehmen sichern.
- 1065 - Die Thüringer Unternehmen sind für die Umsetzung des Grundansatzes der Inklusion zu
 1066 sensibilisieren. Benachteiligten Jugendlichen ist die Chance einzuräumen, in KMU nieder-
 1067 schwellige Beschäftigungs- bzw. Arbeitsplatzangebote zu erhalten. Die förderrechtlichen
 1068 Rahmenbedingungen sind dem anzupassen.
- 1069 - Bei Problemen während der Ausbildung sollte statt eines Ausbildungsabbruches durch den
 1070 Ausbildungsbetrieb die Einbeziehung privater zertifizierter Bildungsdienstleister zur Lösung
 1071 bei Problemlagen, sowohl fachlicher als auch sozialer Art, geprüft werden.

1072

1073 **7.3. Berufsschulen**

1074 Für die Unternehmen in Thüringen ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Berufsschulen
 1075 besonders wichtig. Nur so können diese gleichwertige duale Partner der Betriebe bleiben. Die
 1076 Berufsbildenden Schulen in Thüringen haben in den vergangenen Jahren durch veränderte
 1077 Formen zur Organisation des Berufsschulunterrichtes und zu unternehmensnahen Schulnetz-
 1078 konzepten einen Beitrag geleistet, so dass die Erstausbildung in der Region wieder attraktiver
 1079 wurde. In ausgewählten Berufsschulen sind in den letzten Jahren erhebliche Finanzmittel inves-
 1080 tiert worden. Vor diesem Hintergrund muss darüber nachgedacht werden, ob unterrichtsfreie
 1081 Zeiten noch zu rechtfertigen sind, sonst bleibt öffentliches Kapital ungenutzt.

1082

1083 Aufgrund des wirtschaftlichen Strukturwandels und der damit verbundenen Veränderungen bei
 1084 den beruflichen Anforderungen benötigen die berufsbildenden Schulen hohe Flexibilität, Eigen-
 1085 verantwortung und Handlungsfreiheit. Dazu zählen organisatorisch-administrative Elemente,
 1086 etwa die Verwaltung eines eigenen Budgets, die Fähigkeit zum Abschluss von Rechtsgeschäf-
 1087 ten sowie erweiterte Kompetenzen des Schulleiters bei Personalauswahl und -entwicklung. Da-
 1088 neben brauchen die berufsbildenden Schulen mehr inhaltliche und didaktische Selbständigkeit.
 1089 Sie müssen im Rahmen festgelegter Bildungsstandards flexible Lernangebote anbieten und
 1090 zielgruppengerechte Differenzierung des Unterrichts unter Einschluss von Stütz- und Förderan-
 1091 geboten vornehmen können. Die berufsbildenden Schulen müssen sich künftig regelmäßig an
 1092 internen und externen Evaluationen beteiligen.

1093

1094 Die duale Ausbildung muss gestärkt werden, um den zukünftigen Fach- und Führungskräftebe-
 1095 darf in Handwerk, Industrie und den Dienstleistungsberufen in Thüringen zu sichern und die
 1096 demographische Herausforderung zu meistern. Einer zunehmenden Akademisierung der beruf-
 1097 lichen Bildung ist entgegenzuwirken. Mit einem Pakt für berufliche Bildung wollen wir gemein-

1098 sam mit den Kammern, Verbänden, den Unternehmen sowie staatlichen und privaten Ausbil-
 1099 dungsverbänden die Attraktivität des Ausbildungsstandortes Thüringens erhöhen und mehr
 1100 Auszubildende aus dem In- und Ausland nach Thüringen holen. Dazu müssen wir die Willkom-
 1101 menskultur in Thüringen stärken und die Serviceangebote für ausländische Auszubildende wei-
 1102 ter verbessern. Besonders die Ausbildungskompetenzen und -kapazitäten unserer Ausbil-
 1103 dungsverbände und Berufsbildungszentren bedürfen hierbei der weiteren Förderung und eine
 1104 Stärkung ihrer Arbeitsmöglichkeiten.

1105
 1106 Die demographischen Veränderungsprozesse verlangen eine Konzentration der Berufsschul-
 1107 standorte. Dennoch müssen die Berufsschulen möglichst ausbildungsnah und in der Fläche
 1108 erhalten werden. Berufsschulstandorte sollten sinnvoll im Land verteilt bleiben. Eine Zentralisie-
 1109 rung des Schulstandortes in Landesfachklassen im Zentrum Thüringens sollte die Ausnahme
 1110 bleiben. Landesfachklassen können, falls unumgebar, in allen Regionen des Freistaats gebil-
 1111 det werden, um entsprechende Auswahlmöglichkeiten in den Regionen vorzuhalten. Wir unter-
 1112 stützen das Entstehen von Berufsbildungsregionen, in denen die Schulen miteinander kooperie-
 1113 ren und gemeinsam ein attraktives Angebot vorhalten. Eine gute Erreichbarkeit ist nicht nur für
 1114 Berufsschüler, die die Volljährigkeit noch nicht erreicht haben, besonders wichtig, sondern vor
 1115 allem ein wichtiger Standortfaktor für KMU.

1116
 1117 Mit Blick auf die sich ständig ändernden Herausforderungen der Arbeitswelt wollen wir konse-
 1118 quent an einer Modernisierung der beruflichen Bildung arbeiten. Erforderlich ist eine Reduzie-
 1119 rung der Überspezialisierung vieler Ausbildungsberufe. Die Zulassung neuer Ausbildungsberufe
 1120 sollte nur dann erfolgen, wenn der Bedarf der Wirtschaft und des Handwerks unausweichlich ist
 1121 und durch vorhandene Berufsbilder nicht abgedeckt werden kann. Durch die Schaffung von
 1122 Berufsgruppen in Ausbildungsabschnitten kann die Ausbildung gebündelt werden. Wir wollen so
 1123 außerdem die Durchlässigkeit im Bereich der Berufsausbildung sowie die Koordinierung der
 1124 Tätigkeit der Kammern in Bezug auf Ausbildungsberufe erhöhen.

1125

1126 **Unsere Vorschläge zur effizienteren Führung der Berufsschulen lauten:**

- 1127 - Berufsschulen müssen effizienter und nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden.
 1128 Die Schulleiter sollten daher ein entscheidendes Mitspracherecht bei der Einstellung von
 1129 Lehrpersonal haben. Die Lehrer sind im Angestelltenverhältnis zu beschäftigen und teilweise
 1130 nach Leistungskriterien zu bezahlen. Den Schulen muss es noch besser ermöglicht werden,
 1131 Drittmittel einzuwerben.
- 1132 - Die Berufsschulen sollten auf ihre originäre Aufgabe beschränkt werden. Es darf nicht zur
 1133 Umwandlung in Kompetenzzentren mit Weiterbildungsaufgaben kommen. Dies würde zu
 1134 Verstaatlichungstendenzen der Weiterbildung und zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Die
 1135 Berufsbildenden Schulen sollen sich auf die Vermittlung theoretischen Wissens in anerkannt-
 1136 ten Ausbildungsberufen beschränken. Diese sogenannte Teilzeitausbildung muss inhaltlich
 1137 und methodisch die praktische Ausbildung ergänzen. Es gilt Unterrichtsausfall vor allem im
 1138 Fachunterricht zu minimieren. Der am Bedarf der Wirtschaft orientierte freie berufliche Bil-
 1139 dungsmarkt darf nicht durch steuersubventionierte Angebote von Berufsbildenden Schulen
 1140 konkurriert werden. Berufsbildende Schulen sollten stärker Berufsorientierungsmaßnahmen
 1141 und ausbildungsbegleitende Hilfen für schlechte Auszubildende anbieten.
- 1142 - Dringend notwendig ist die Einführung von Qualitätsstandards für Berufsschulen und deren
 1143 externe Evaluierung, um die Arbeit der Lehrer zu unterstützen, die Schulleistungen zu ver-
 1144 bessern und die Qualität der Berufsausbildung zu erhöhen.
- 1145 - Die Berufsschulen müssen sich am Alter und an den unterschiedlichen Vorbildungen der
 1146 Auszubildenden orientieren und in Inhalten, Methoden und der Organisation die differenzier-
 1147 ten Bedürfnisse erwachsener Schüler aufgreifen.
- 1148 - Vollzeitschulische Angebote dürfen nicht in Konkurrenz zur betrieblichen Berufsausbildung
 1149 stehen und sind auf das notwendigste Minimum zu beschränken. Positiv dagegen ist, Ju-

1150 gendlichen, die nicht in eine reguläre Ausbildung vermittelt werden konnten, mit erhöhten
1151 schulischen Grundbildungen – verbunden mit dem Erwerb typischer Schulabschlüsse – eine
1152 bessere Vorbereitung auf die berufliche Bildung anzubieten.

1153

1154 **7.4. Weiterbildung**

1155 Der technologische Wandel erfordert von Jedem eine ständige Fortentwicklung seiner berufli-
1156 chen Kompetenzen. Mittelfristig führt der demografische Wandel zu einem Mangel an qualifi-
1157 ziertem Personal, dem durch die Ausschöpfung des gesamten Leistungspotenzials begegnet
1158 werden muss.

1159

1160 Die Erhöhung des Weiterbildungsengagements ist eine Zukunftsaufgabe, der sich Thüringen
1161 weiterhin stellen wird. Die Vielfalt von Akteuren und Formen sollte dabei erhalten bleiben. Das
1162 gewährleistet Flexibilität und schnelle Anpassung an die Nachfrage aus Wirtschaft und Er-
1163 werbsbevölkerung. Eine Kontrolle oder gar die öffentliche Verantwortung des Staates über die
1164 Weiterbildung schaffen unflexible, teure und bürokratische Strukturen und ist abzulehnen. Eine
1165 öffentliche Förderung, wie nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, ist jedoch eine
1166 wichtige Hilfestellung für unterschiedliche Zielgruppen.

1167

1168 **Unsere Vorschläge zur Unterstützung der Weiterbildung als wichtiger Bestandteil der** 1169 **Personalentwicklung in den Unternehmen lauten:**

1170 - Qualitätssicherung muss selbstverständlich werden. Die Auswahl der geeigneten Instrumen-
1171 te soll den Einrichtungen vorbehalten bleiben. Transparenz sichert die Vergleichbarkeit von
1172 Angeboten und Einrichtungen.

1173 - Die Internationalisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten und Arbeitsmärkte erfordert interna-
1174 tional vergleichbare Weiterbildungsabschlüsse. Internationale Benchmarks ermöglichen den
1175 Wettbewerb der nationalen Weiterbildungsstruktur.

1176 - Eine ständige Aktualisierung der Angebote ist erforderlich, wenn berufliche Weiterbildung im
1177 Dienst von Wirtschaft und Erwerbsbevölkerung stehen will. Modulare Angebote sorgen für
1178 Flexibilität und Passgenauigkeit.

1179 - Eine reine Angebotsorientierung hat sich nicht bewährt. Erhöhte Nachfrageorientierungen
1180 an den Bedürfnissen der Unternehmen und Lernenden sind notwendig.

1181 - Um das betriebliche sowie private Weiterbildungsinteresse zu stärken, wäre die Aufnahme
1182 einer Förderrichtlinie zur Unterstützung des Erwerbs international verwertbare Weiterbil-
1183 dungsabschlüsse zu prüfen.

1184 - Die Förderung modularer, abschlussbezogener Nachqualifizierungsangebote, welche unter-
1185 qualifizierten Beschäftigten die Möglichkeit der Erlangung eines Berufsabschlusses während
1186 ihrer Tätigkeit in einem Unternehmen ermöglicht, sollte stärker im Focus stehen.

1187

1188 **7.5. Hochschulpolitik**

1189 Der Hochschulstandort Thüringen ist weiter zu profilieren, der Wettbewerb unter den Hochschu-
1190 len muss gestärkt und die Reform der Hochschulstrukturen und Studiengänge fortgesetzt werden.
1191 Mit dem Hochschulpakt hat die Landesregierung den Hochschulen Planungssicherheit für einen
1192 längeren Zeitraum geschaffen. Gleichzeitig sind den Hochschulen mehr Gestaltungsspielräume
1193 und mehr Flexibilität in der Haushaltsführung eingeräumt worden. Die Thüringer Hochschulen
1194 sind ihrerseits gehalten, wirtschaftlichere Strukturen aufzubauen und sich im Wettbewerb mit
1195 anderen Hochschulen zu behaupten. Kriterien für diesen Wettbewerb könnten herausragende
1196 Forschungsleistungen, attraktive Studiengänge, Weiterbildungsangebote, hohe Abschlussquo-
1197 ten und geringe Studienabbrecherquoten sein.

1198

1199 Attraktive Hochschulen benötigen moderne Führungsstrukturen, organisatorische Eigenständ-
1200 igkeit und weitgehende Finanzautonomie. Die Möglichkeiten der leistungsorientierten Vergü-

1201 tung, insbesondere der Professoren, sind zu verbessern. Den Hochschulen müssen Entschei-
1202 dungskompetenzen bei der Auswahl ihrer Studenten gegeben werden.

1203
1204 Die Thüringer Hochschullandschaft mit Berufsakademien, Fachhochschulen, Hochschulen und
1205 Universitäten entspricht dem differenzierten Qualifikationsbedarf des Beschäftigungssystems
1206 ebenso wie der unterschiedlichen Bildungsnachfrage. Derzeit werden thüringen- und bundes-
1207 weit immer mehr Studiengänge auf Bachelor- und Masterabschlüsse orientiert. Dabei sind die
1208 Internationalisierung des Studiums, die Vergleichbarkeit der Abschlüsse, kürzere Studienzeiten
1209 sowie die Modernisierung der Studiengänge zu fördern.

1210
1211 Investitionen in Forschung und Lehre sichern den Wohlstand Thüringens. Gleichzeitig darf aber
1212 das sinkende Gesamtvolumen des Landeshaushalts nicht aus dem Blick geraten. Auf jeden Fall
1213 wollen wir den Anteil der Mittel für Forschung und Lehre im Landeshaushalt angemessen stei-
1214 gern. Durch eine Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen dem Bund und den Ländern
1215 kann sich die gesamtstaatliche Ebene an den Ausgaben für Forschung und Lehre beteiligen.
1216 Diese zusätzlichen finanziellen Spielräume ermöglichen es, jenseits spezieller Bundespro-
1217 gramme, die Thüringer Hochschul- und Forschungslandschaft auf dem Weg zur Exzellenz zu
1218 unterstützen.

1219
1220 Eine profilierte und differenzierte Hochschulstruktur muss nachhaltig und verlässlich finanziert
1221 werden, einschließlich der anfallenden Kostensteigerungen durch Besoldungs- und Tarifsteige-
1222 rungen sowie Bewirtschaftungskosten. Dabei soll der Anteil der Mittelvergabe durch bürokrati-
1223 sche Verteilungsmodelle deutlich gesenkt werden. An diese Stelle werden vermehrt hochschul-
1224 individuelle Ziel-, Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen treten.

1225
1226 Um den Hochschulbau zu unterstützen, wollen wir zusätzliche Mittel in einem eigenständigen,
1227 revolving Fonds anlegen, der sicherstellen soll, dass die notwendigen baulichen Rahmen-
1228 bedingungen für exzellente Forschung und Lehre gewährleistet sind.

1229
1230 Im Rahmen der strategischen Hochschulplanung soll neben der herausragend wichtigen Grund-
1231 lagenforschung auch die Bedeutung der Wissenschaftsregionen als Zentren für die regionale
1232 Wirtschaftsentwicklung stärker in den Blickpunkt rücken. Wir wollen, dass in Zusammenarbeit
1233 mit der regionalen Wirtschaft standortbezogene Kooperationen entstehen. In enger Partner-
1234 schaft können hier Hochschulen und Unternehmen überlegen, wie sie sich gegenseitig nützlich
1235 sein können. Hier sollen vor allem den KMU Forschungskapazitäten zur Verfügung gestellt wer-
1236 den und den Studenten zahlreiche Möglichkeiten eingeräumt werden, praktische Erfahrungen
1237 zu sammeln. Diese Kooperationspläne sollten im Rahmen der Ziel- und Leistungsvereinbarun-
1238 gen mit den Hochschulen stärker in den Mittelpunkt rücken.

1239
1240 Die Berufsakademie als duale Hochschule ist wichtiges Scharnier zwischen Hochschulen und
1241 Wirtschaft. Hier werden Fachkräfte praxisnah ausgebildet. Dies hat sowohl für die Unternehmer
1242 im Hinblick auf die Fach- und Führungskräfteversicherung, als auch für die Studenten und Absol-
1243 venten im Hinblick auf die persönlichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt enorme Vorteile. Wir
1244 setzen uns deswegen dafür ein, dass die duale Hochschule als Erfolgsmodell Aufnahme in das
1245 Hochschulgesetz findet.

1246
1247 **Unsere Vorschläge für weitere Reformen im Bereich der Hochschulen lauten:**
1248 - Moderne Bildungseinrichtungen im tertiären Bereich sollten ihre Verwaltungsstrukturen
1249 transparent und flexibel weiterentwickeln, um zugleich das Leistungsprofil in Forschung und
1250 Lehre dynamisch an den Erfordernissen von Wirtschaft und Gesellschaft auszurichten und
1251 damit die Finanzierungssituation langfristig zu verbessern. Es besteht ein besonderer Bedarf
1252 an Absolventen, die technische Fachrichtungen sowohl an Hoch- und Fachschulen als auch
1253 an Berufakademien durchlaufen haben.

- 1254 - Die öffentliche Finanzierung sollte leistungsbezogene Komponenten verstärken, die auf die
1255 sachgerechte und erfolgreiche Erfüllung der Aufgaben für Wirtschaft und Gesellschaft abge-
1256 stellt sind.
- 1257 - Die Leistungsangebote der Einrichtungen aus Forschung und Lehre bedürfen einer ständi-
1258 gen Evaluation und müssen nach Maßgabe der wirtschafts- und gesellschaftlichen Erforder-
1259 nisse weiterentwickelt werden, um eine abgestimmte Profilbildung der jeweiligen Standorte
1260 einzuleiten.
- 1261 - Die Hochschulen müssen Leistungen aus der beruflichen Aus- und Weiterbildung anerken-
1262 nen und die Durchlässigkeit zum Studium unterstützen. Auch umgekehrt sollten akademi-
1263 sche Kenntnisse im System der beruflichen Bildung anerkannt werden. Bereits bestehende
1264 Projekte (zum Beispiel zwischen FH Jena, BA Gera, IHK, HWK und Berufsbildender Schule
1265 Jena und Unterwellenborn) sollten unterstützt werden.
- 1266 - Eine Berufsakademie besteht in Thüringen mit Standorten in Eisenach und Gera. Auf ihre
1267 Profilierung und ihren Ausbau sollte besonderes Augenmerk gerichtet werden. Dabei ist zu
1268 entscheiden, welche weiteren technischen Fachrichtungen in Gera und Eisenach angesie-
1269 delt werden sollten. Vorstellbar wären z.B. Maschinenbau, Medizintechnik, Mikrosystem-
1270 technik oder Optosystemtechnik. Einer solchen inhaltlichen Profilierung soll Vorrang gegen-
1271 über der Gründung neuer Berufsakademien eingeräumt werden.
- 1272 - Nach Meinung des Thüringer Mittelstandes sollte über eine organisatorische Neustrukturie-
1273 rung der Hoch- und Fachschullandschaft nachgedacht werden. So könnten etwa durch ein
1274 Zusammenführen von Universitäten und Fachhochschulen sowie der Angliederung der
1275 Berufsakademien eine Bündelung der Kompetenzen, eine bessere Vermarktung und eine
1276 Minimierung des Verwaltungsaufwands erreicht werden.
- 1277 - Studienorientierung als auch das Angebot entsprechender Studienplätze muss sich am zu-
1278 künftigen Bedarf der Thüringer Wirtschaft orientieren. Dabei sind insbesondere Angebote in
1279 den MINT-Fächern zu verstärken.

1280

1281 **8. Moderne Verwaltung**

1282 **8.1. Landesverwaltung - Bürokratieabbau und Verwaltungsreform**

1283 Die Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes ist von einer modernen, schlanken und leistungs-
1284 fähigen Verwaltung abhängig. Deshalb ist Verwaltungsmodernisierung und Deregulierung eine
1285 Daueraufgabe. Der Umfang an Vorschriften und Aufgaben muss verkleinert werden. Das Land
1286 muss die Bürgerorientierung seiner Verwaltung fördern und konstruktive administrative Rah-
1287 menbedingungen schaffen, die Impulse für Wachstum und Beschäftigung geben. Orts- und
1288 Sachnähe bei gleichzeitig straffer Verwaltungsstruktur, die Nachvollziehbarkeit von Entschei-
1289 dungen und die Dauer von Aufgabenerledigungen sind wichtige Rahmenbedingungen für un-
1290 ternehmerisches Wirken.

1291

1292 Unser Land steht vor einer demografischen Umwälzung, die einen deutlichen Bevölkerungs-
1293 rückgang prognostiziert. Diese Entwicklung wird sich in den einzelnen Landesteilen höchst he-
1294 terogen, mit einer Änderung der Altersstruktur, vollziehen. So wird bis 2030 der Kyffhäuserkreis
1295 circa 32 % seiner Bevölkerung verlieren und die Stadt Jena dagegen circa 4 % hinzugewinnen.
1296 Die Verwaltung muss sowohl auf den geringeren Bedarf einer schrumpfenden Einwohnerzahl
1297 zugeschnitten, als auch finanzierbar sein. Dies kann nur durch eine Straffung und Optimierung
1298 der Verwaltungsstrukturen erreicht werden:

1299

1300 Thüringen hat in den vergangenen Jahren mehrere Verwaltungsreformen in Angriff genommen.
1301 Die von der Landesregierung eingeleiteten Maßnahmen zur Neustrukturierung und zur Straf-
1302 fung von Landesbehörden sowie die Überlegungen zur Kommunalisierung und Privatisierung
1303 von staatlichen Aufgaben weisen in die richtige Richtung und sind deshalb zu unterstützen. Ei-
1304 nige Bestandteile sind bereits vollständig abgeschlossen, z. B. die Reduzierung der Finanzäm-
1305 ter von 20 auf 12. In der Summe sollen diese Reformen bis 2020 über zwei Milliarden Euro ein-
1306 sparen. Die Reformen sollen konsequent abgeschlossen werden, um die finanziellen Entlastun-

1307 gen zügig zu erreichen. Die einzelnen, konkreten Schritte müssen allerdings im Zeitverlauf und
 1308 bei ihrer Realisierung evaluiert werden. Der sich dabei ergebende Änderungs- und Weiterent-
 1309 wicklungsbedarf ist schnell umzusetzen.

1310
 1311 Personal- und Verwaltungskosten belasten den Landeshaushalt. Im Vergleich der Einwohner-
 1312 zahl des Landes zu anderen Bundesländern sind diese Kosten in einzelnen Bereichen zu hoch.
 1313 Der Freistaat gibt heute mehr als ein Viertel seiner Ausgaben für das Personal aus. Derzeit
 1314 kommen auf 1000 Einwohner 25 Landesbedienstete (Vergleich alte Bundesländer: 23). Hier
 1315 sind Einsparpotentiale verfügbar. Die Landesregierung muss mit konsequentem Personalabbau
 1316 dafür sorgen, dass diese Potentiale genutzt werden, ohne die Verwaltungsqualität zu mindern.

1317
 1318 Die Fülle der staatlichen Aufgabenerfüllung und das Ineinandergreifen unterschiedlicher Ge-
 1319 sichtspunkte beim Verwaltungsvollzug verlangen eine zweckdienliche Zuordnung der Aufgaben
 1320 auf die verschiedenen Verwaltungsträger. Manche Aufgaben erfordern eine besondere Ortsnä-
 1321 he, zum Beispiel die Bauverwaltung. Dem gegenüber ist z. B. die überregionale Planung wegen
 1322 der Berücksichtigung übergreifender oder wirtschaftlicher Belange besser ortsfrem oder zentral
 1323 zu erledigen. Deshalb kann es keine Festlegung auf einen zwei- oder dreistufigen Verwaltungs-
 1324 aufbau geben. Als Grundsatz muss gelten: Zweistufigkeit soweit möglich, Dreistufigkeit soweit
 1325 nötig. Danach ist zu untersuchen, welche Struktur der zu erfüllenden Aufgabe am dienlichsten
 1326 ist. Daraus ergibt sich, ob die entsprechende Aufgabe von einer Kommune, einem Landkreis,
 1327 einer Sonderbehörde, vom Landesverwaltungsamt oder vom Ministerium besser zu erledigen
 1328 ist. Vertikale Abstimmungsverluste und Eigenkontrollaufwand werden auch durch den Abbau
 1329 von Hierarchieebenen und bei besserer innerer Organisation der Behörden vermieden.

1330
 1331 Bund und Länder haben durch die Einführung des Art. 91c GG sowie mit dem Staatsvertrag zur
 1332 Umsetzung dieses Artikels (IT-Staatsvertrag) auf die Bedeutung von E-Government reagiert.
 1333 Die Bereitstellung unternehmensorientierter E-Government-Angebote ist ein Standortfaktor.
 1334 Unternehmen tragen durch die zahlreichen, gesetzlich vorgeschriebenen Informationspflichten
 1335 gegenüber der Verwaltung eine hohe Bürokratielast. E-Government generiert für Unternehmen
 1336 einen Mehrwert durch Senkung der Bürokratiekosten, Zeitersparnis, bessere Erreichbarkeit der
 1337 Verwaltung und höhere Servicequalität des Verwaltungshandelns.

1338

1339 **Unsere Vorschläge zum weiteren Bürokratieabbau und zur Verwaltungsreform lauten:**

- 1340 - Der Staat soll sich bei der wirtschaftlichen Betätigung auf die Gebiete der Daseinsvorsorge
- 1341 beschränken. Die Reduzierung staatlicher Aufgaben auf Kernbereiche bedeutet permanente
- 1342 Aufgabenüberprüfung anhand der Kriterien Erforderlichkeit, Verhältnismäßigkeit, finanzielle
- 1343 Leistbarkeit und Subsidiarität. Unter diesem Blickwinkel muss eine Prüfung erfolgen, welche
- 1344 der wahrgenommenen Aufgaben, Standards und Strukturen privatisierungsfähig sind, von
- 1345 den Kammern und Verbänden als Selbstverwaltung der Wirtschaft in Eigenregie und in eige-
- 1346 ner Verantwortung wahrgenommen werden bzw. wegfallen können. Leistungen, die von Pri-
- 1347 vaten in einem funktionierenden Wettbewerb erbracht werden können, sollen in vollem Um-
- 1348 fang mit dem Ziel der Effektivierung und Verbilligung bei gleicher oder besserer Qualität der
- 1349 Leistungserbringung privatisiert werden. Sollten diese Leistungen trotzdem weiterhin von der
- 1350 öffentlichen Hand angeboten werden, muss die Notwendigkeit nachgewiesen werden. Ein-
- 1351 sparungspotentiale sehen wir z.B. im Gesundheits- und Pflegewesen, in der Seniorenbe-
- 1352 treuung, in der Kinder-, Schüler- und Jugendhilfe in Kinderkrippen, -gärten, Horten, Freizeit-
- 1353 zentren und Clubs, der Straßenunterhaltung, der Abfallwirtschaft, dem Wohnungswesen,
- 1354 dem Bestattungswesen, dem Rechnungsprüfungswesen, der Grünflächenpflege und dem
- 1355 ÖPNV.
- 1356 - Zukünftig müssen alle Gesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften zeitlich
- 1357 befristet gelten und in einem periodisch wiederkehrenden Prüfprozess einer präzisen
- 1358 Rechtsfolgen- und Kostenabschätzung einschließlich der Kosten für die Betroffenen unter-
- 1359 zogen werden. Auch für bestehende Regelungen ist zu erfassen, wie Wirtschaft und Bürger
- 1360 belastet werden, um so Kostentreiber auf den politischen Prüfstand zu stellen.
- 1361 - Durch Vollkostenrechnungen ist ein Leistungsvergleich zwischen öffentlichen Strukturen ei-
- 1362 nerseits und der Übertragung von Aufgaben in den privatrechtlichen Sektor andererseits zu

- 1363 ermöglichen. Die Aufgabenübertragung soll grundsätzlich über ein Ausschreibungsverfahren
 1364 im Wettbewerb erfolgen, an dem sich auch Organisationselemente von Behörden beteiligen
 1365 können.
- 1366 - Öffentliches Dienst- und Tarifrecht sind so zu gestalten, dass Effizienz, Bürgerfreundlichkeit
 1367 und Motivation der Bediensteten gefördert werden.
 - 1368 - Das Verwaltungshandeln bedarf verständlicher Entscheidungen und nachvollziehbarer Pro-
 1369 zesse. Es muss darauf hingewirkt werden, dass Beurteilungs- und Ermessensspielräume so
 1370 genutzt werden, dass wirtschaftliche Belange stärker Berücksichtigung finden.
 - 1371 - Die Verlagerung von Aufgaben des Staates auf die Wirtschaft, etwa durch Übertragung von
 1372 Haftungsrisiken und Kontrollaufgaben, muss gestoppt, unsinnige Aufgabenverlagerungen
 1373 müssen revidiert werden. Bereits heute sind in einem KMU enorme Personalkapazitäten
 1374 notwendig, um den gesetzlichen Anforderungen an steuerliche und sozialversicherungs-
 1375 rechtliche Erklärungs- und Nachweispflichten nachzukommen. Um den Aufwand für die Un-
 1376 ternehmen zu verringern, ist eine Verknüpfung der notwendigen Deregulierung mit der Stär-
 1377 kung der Eigenverantwortung der Wirtschaft erforderlich.
 - 1378 - Eine Vielzahl von Unternehmen sind Auftragnehmer der öffentlichen Hand – hier ist die un-
 1379 mittelbare Einflussnahme der Landesregierung bezüglich der Zahlungsmoral gefordert.
 - 1380 - Ausbau unternehmensorientierter E-Government-Angebote in enger Zusammenarbeit mit
 1381 der Wirtschaft, einschließlich Einführung einer elektronischen Akte. Die analoge Verwaltung
 1382 sollte sich zu einer digitalen, papierlosen Verwaltung, die in allen Fragen weiterhilft, wandeln.
 1383 Verwaltungsvorgänge, sind -wo immer möglich- online zu erledigen und medienbruchfrei von
 1384 der Verwaltung weiterzubearbeiten.
 - 1385 - Verbesserungen beim elektronischen Entgeltnachweis "Elena",
 - 1386 - Erleichterungen für Existenzgründer bei der Umsatzsteuervoranmeldung
 - 1387 - Gleichbehandlung von Rechnungen und Belegen in elektronischer und Papierform.

1388

1389 **8.2. Leistungsfähige kommunale Strukturen**

1390 Der Thüringer Mittelstand braucht leistungsfähige Kommunen und Landkreise als Auftraggeber.
 1391 Zur Sicherung der kommunalen Investitionsfähigkeit ist eine angemessene finanzielle Ausstat-
 1392 tung zu gewährleisten. Hilfen aus kommunalen Förderprogrammen sollten konzentriert und
 1393 stärker pauschaliert werden. Des Weiteren sind die Möglichkeiten von Kreditfinanzierungen für
 1394 Investitionen zu erleichtern. Trotz damit vorübergehend und verantwortungsvoll steigender Be-
 1395 lastung der kommunalen Haushalte durch Verschuldungskosten besteht damit ein Weg, die
 1396 Kommunen in die Lage zu versetzen, dringende und nach derzeitiger Praxis nicht realisierbare
 1397 Investitionen durchzuführen.

1398

1399 **Unsere Vorschläge zur Weiterentwicklung kommunaler Strukturen lauten:**

- 1400 - Die Thüringer Kommunalordnung soll dahingehend angepasst werden, dass zusätzlich zum
 1401 bisherigen Bewilligungsrahmen von Krediten und kreditähnlichen Geschäften rentierliche In-
 1402 vestitionen ermöglicht werden. Auch alternative Finanzierungen in Partnerschaft mit privaten
 1403 Investoren zur Realisierung kommunaler Strukturmaßnahmen sind dabei zu nutzen.
- 1404 - Um den Wegzug von Bürgern zu stoppen gilt es, die Lebensbedingungen zu verbessern.
 1405 Hierzu gehört auch das Vorhalten attraktiver Freizeit- und Sporteinrichtungen, die Sanierung
 1406 unserer Schulen und Ausstattung mit modernen Kommunikationsmitteln sowie der Ausbau
 1407 der Infrastruktur.
- 1408 - Auch zur Finanzierung kommunaler Aufgaben sollte die Weiterführung der Gebietsstruktur-
 1409 reformen mit dem Ziel der Optimierung von Verwaltungsstrukturen erfolgen. Handlungsfähige
 1410 und auch für die Bürgerschaft annehmbare Verwaltungsstrukturen auf der einen Seite,
 1411 Minimierung der Verwaltungskosten und die Investition frei werdender Finanzmittel auf der
 1412 anderen Seite sind Prämissen, die es hierbei gilt in Einklang zu bringen. Vorurteilsfrei und
 1413 frei von persönlichen Interessen sind Strukturen so zu organisieren, damit der bestmögliche
 1414 Nutzen für den Bürger erzielt wird. Leistungsfähige Kommunen sollten mindestens 3.000

- 1415 Einwohner haben. Gemeinden mit mindestens 3.000 Einwohnern können einen hauptamtlichen
 1416 Bürgermeister wählen. Verwaltungsgemeinschaften sind durch Bildung von Thüringer
 1417 Landgemeinden oder Eingemeindungen abzubauen. Die Einwohnergröße und der geografi-
 1418 sche Zuschnitt von Landkreisen und kreisfreien Städten sollten sich an den regionalen Be-
 1419 sonderheiten und in Abhängigkeit von den zu erfüllenden Aufgaben orientieren. Ein grober
 1420 Richtwert könnte die Einwohnerzahl von 100.000 sein.
- 1421 - Das kommunale Haushaltswesen ist unter den Blickwinkeln Budgetierung, betriebswirt-
 1422 schaftliche Bewertungen, Kosten-Leistungs-Rechnung und Controlling zu reformieren und
 1423 auf das in der Wirtschaft übliche System der Doppik umzustellen.
 - 1424 - Gewährleistung einer konsequenten Anwendung der Thüringer Vergabe-Mittelstands-
 1425 Richtlinie im Interesse einer mittelstandsfreundlichen Vergabepolitik gerade auf kommunaler
 1426 Ebene. Einheimische KMU sollten bei der Erteilung von öffentlichen Aufträgen unter den
 1427 Gesichtspunkten Wirtschaftlichkeit eines Angebotes, volkswirtschaftliche Auswirkungen des
 1428 Steueraufkommens und Wirkung auf den regionalen Arbeitsmarkt bevorzugt berücksichtigt
 1429 werden. Über die Kommunalaufsicht sind die Auftraggeber anzuhalten, eine angemessene
 1430 Aufteilung der Aufträge in mittelstandsfreundlichen Fach- und Teillosen vorzunehmen und
 1431 unangemessen niedrige Angebote von der Auftragsvergabe auszuschließen. Dabei fordern
 1432 wir den Ausschluss vergabefremder Aspekte wie die Chancengleichheit von Frauen im Be-
 1433 ruf, die Förderung der Ausbildungsquote und die Einhaltung der Kernarbeitsnormen im
 1434 Vergaberecht.

1435

1436 **8.3. Landes-, Regional- und Stadtentwicklung**

1437 Die Erweiterung der Europäischen Union hat neue Märkte eröffnet, trägt aber damit auch zur
 1438 Verschärfung des Wettbewerbs der Regionen untereinander und zur Globalisierung der Wirt-
 1439 schaft bei. Innenpolitische Herausforderungen, wie der demographische Wandel und die Fort-
 1440 setzung der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte schränken zugleich Gestaltungsmöglich-
 1441 keiten ein. Der Kampf um Ansiedlungen und Investoren wird aufgrund dieser Faktoren immer
 1442 härter. Dabei muss Thüringen von seiner zentralen, verkehrsgünstigen Lage mit seiner moder-
 1443 nen Infrastruktur profitieren. Parallel dazu sind insbesondere qualitativ hochwertige Industrie-
 1444 flächen für Investoren vorzuhalten; der LEG Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen GmbH
 1445 kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

1446

1447 Der Landesentwicklungsprogramm 2025 (LEP 2025) definiert die Leitplanken zur Verbesserung
 1448 der Standortbedingungen und für eine nachhaltige Entwicklung. Das zentralörtliche System des
 1449 LEP hat sich gerade im Hinblick auf die Stabilisierung und weitere Entwicklung mittelständischer
 1450 Strukturen in Handel, Dienstleistung und Gewerbe bewährt. Dies betrifft besonders das dichte
 1451 Netz der Mittelzentren in Thüringen, deren infrastrukturelle Funktion von zentraler Bedeutung
 1452 für die künftige Entwicklung speziell im Bereich des Mittelstandes ist.

1453

1454 Mit den Industriegroßflächen des LEP und weiteren regional bedeutsamen Industrie- und Ge-
 1455 werbeflächen, die in den Regionalplänen ausgewiesen werden, ist für ganz Thüringen ein trag-
 1456 fähiges raumplanerisches Standortkonzept für industrielle Ansiedlungen aufgestellt worden.
 1457 Diese Standorte können als Kerne von Clustern und als Anknüpfungspunkte für mittlere und
 1458 kleinere Ansiedlungen dienen.

1459

1460 Konversions- und Brachflächen sind für die nachhaltige Entwicklung von besonderer wirtschaft-
 1461 licher, ökologischer und städtebaulicher Bedeutung. Mit der Festlegung von regional bedeutsa-
 1462 men Brachflächen in den Regionalplänen wird eine geordnete räumliche Entwicklung ermöglicht
 1463 und eine Orientierung für potentielle Investoren gegeben.

1464

1465 **Unsere Vorschläge zur Investorengewinnung und weiteren Gestaltung des Landes:**

MIT Thüringen - MITten im Leben

- 1466 - Die absehbaren Folgen des demografischen Wandels fordern stärker als bisher aktive
 1467 Handlungsstrategien. Schwerpunkt muss dabei die Absicherung eines qualitativ gleichwertigen
 1468 Infrastrukturangebotes durch stärkere Flexibilisierung bei den technischen, organisato-
 1469 rischen und finanziellen Lösungen für Infrastrukturen sein. Dies trifft auf die technische wie
 1470 auch die soziale Infrastruktur gleichermaßen zu. Das zentralörtliche System im Landesent-
 1471 wicklungsplan ist beizubehalten und fortzuentwickeln, insbesondere im Hinblick auf die be-
 1472 sondere Bedeutung des Systems der Mittelzentren.
- 1473 - Die politische Steuerung der Stadtentwicklung ist weiter auf die Belebung der Innenstädte,
 1474 z. B. durch den Auf- und Ausbau integrierter Handelsstandorte, zu fokussieren.
- 1475 - Initiativen zum Stadtmarketing sowie City-Management sollten mit dem Ziel der Erhöhung
 1476 der Urbanität in den Innenstädten verstärkt werden.
- 1477 - Stadtentwicklung und Entwicklung des ländlichen Raums dürfen nicht als Konkurrenz ver-
 1478 standen werden. Nur in einem gesunden Miteinander können der ländliche Raum und die
 1479 Städte die mit der demografischen Entwicklung verbundenen Folgen bewältigen.
- 1480 - Für Thüringen ist ein umfassendes und einheitliches Standortmarketing insbesondere durch
 1481 die Einrichtung und konsequente Nutzung einer Dachmarke/-kampagne zu entwickeln. Da-
 1482 rin sind vorhandene Werbekampagnen einzubinden.

1483

1484 **8.4. Einflussnahme der Landesregierung im Bundesrat**

1485 Den Bemühungen in Thüringen um eine Verbesserung der Investitionsbedingungen sind Gren-
 1486 zen gesetzt, wenn die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland als Ganzes durch
 1487 Umsetzung der notwendigen Reformen im Arbeitsrecht, im Steuerrecht und in den sozialen Si-
 1488 cherungssystemen nicht entscheidend verbessert wird.

1489

1490 Die Abwanderung junger und zumeist gut ausgebildeter Menschen lässt sich erst dann aufhal-
 1491 ten, wenn die Thüringer Wirtschaft mehr attraktive Arbeitsplätze anbieten kann. Daher muss
 1492 sich die Landesregierung weiterhin sowohl für die Verbesserung der Standortqualität Thürin-
 1493 gens als auch die Umsetzung der notwendigen Strukturreformen auf Bundesebene einsetzen.

1494 Aus heutiger Sicht werden vor allem die Reform der Kranken- und der Pflegeversicherung, die
 1495 Rentenreform, weitere Schritte für eine umfassende Steuerreform auf der Agenda stehen.

1496

1497 **Unsere Forderungen in Richtung Bundespolitik lauten:**

1498 - Die Landesregierung wird angeregt, sich für eine Neuausrichtung der sozialen Sicherungs-
 1499 systeme, für eine Entlastung der Arbeit von Nebenkosten und eine Reduzierung der Steuer-
 1500 lasten mit dem Ziel, das reale Nettoeinkommen zu erhöhen, einzusetzen. Dabei sind die So-
 1501 zial- und Lohnnebenkosten vom Faktor Arbeitskosten abzukoppeln.

1502 - Um spürbares Wirtschaftswachstum zu erzielen und zu verstetigen, müssen die Lohnzu-
 1503 satzkosten reduziert werden und einen angemessenen Umfang einnehmen. Die Gesamtbei-
 1504 tragslast ist unter 40 % zu senken; dies muss konsequent angegangen werden.

1505 - Die Landesregierung wird aufgefordert, mit dafür zu sorgen, dass der Staat in der aktuellen
 1506 Diskussion um Ursache, Wirkung und Bekämpfung der Finanzmarktkrise den Schwerpunkt
 1507 auf das Setzen von Rahmenbedingungen und die Schaffung von sachgerechten, prüf-
 1508 baren Regularien setzt, nicht aber die unternehmerische Tätigkeit des Staates oder gar die Ver-
 1509 staatlichung der Finanzbranche als Ziel setzt.

1510 - Die Landesregierung sollte sich für eine nachhaltige Reduzierung der Regelungsdichte ein-
 1511 setzen. Die Vielzahl unnötiger Rechtsvorschriften ist zu verringern.

1512 - Die Landesregierung muss sich für eine Fortsetzung der Steuerreform einsetzen. Nur durch
 1513 eine steuerliche Entlastung insbesondere der KMU und der Arbeitnehmer kann der Wirt-
 1514 schaftsstandort Deutschland wieder an Attraktivität gewinnen. Der sogenannten kalten Pro-
 1515 gression ist konsequent entgegenzuwirken. Das Steuerrecht muss so vereinfacht werden,
 1516 so dass es wieder nachvollziehbar wird und der Steuerpflichtige seinen Finanzierungsbei-

- 1517 trag für das Gemeinwesen als gerecht und angemessen akzeptiert. Dabei müssen Steuern
1518 ergiebig sein und mit möglichst geringem Aufwand erhoben werden können. Steuerliche
1519 Subventionstatbestände können dann weiter abgebaut werden.
- 1520 - Die Öko-Steuer wirkt preistreibend auf die Energiekosten, weitere Belastungen durch den
1521 Ausbau der Öko-Steuer darf es nicht geben. Die komplizierten Erlass-, Erstattungs- und
1522 Vergütungsregelungen sind zu vereinfachen und zu vereinheitlichen.
- 1523 - Die im Zusammenhang mit der Mauteinführung zugesagte Kompensation für das Verkehrs-
1524 gewerbe ist schnellstmöglich umzusetzen. Zugleich soll auf weitere Mauterhöhungen ver-
1525 zichtet werden. Darüber hinaus sind Maßnahmen für eine dauerhafte Kostenentlastung des
1526 Verkehrsgewerbes zu treffen.
- 1527 - In gemeinsamen Verhandlungen der neuen Länder mit dem Bund soll eine Neuverteilung
1528 der Lasten aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR erreicht
1529 werden, um die hohen Belastungen der neuen Bundesländer zu verringern.
- 1530 - Schwarzarbeit muss unterbunden und verfolgt werden. Die Rahmenbedingungen für eine
1531 wirksame Bekämpfung der Schwarzarbeit sind weiterzuentwickeln.
- 1532 - Das in vielen, unübersichtlichen Einzelregelungen und in der Rechtsprechung fixierte Ar-
1533 beitsrecht ist in einem verständlichen und praxistauglichen Deutschen Arbeitsgesetzbuch
1534 zusammenzufassen. Dabei sind in einem ersten Schritt sich widersprechende Regelungen
1535 in eine widerspruchsfreie Form zu bringen. In einem zweiten Schritt sollte sich die Landes-
1536 regierung für eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (z.B. beim Kündigungsrecht oder den
1537 Pflichten des Unternehmers beim Betriebsübergang) einsetzen.
- 1538 - Sicherungsrechte sind effektiver zu gestalten. Die schlechte Zahlungsmoral ist ein Haupt-
1539 problem der Unternehmen. Sie werden häufig in ihrer Existenz bedroht, wenn ein Kunde ei-
1540 ne Rechnung nicht begleicht. Gegen diese Gefahr können sich die Unternehmen aus eige-
1541 ner Kraft nicht hinreichend schützen, da auf dem Markt ein harter Wettbewerb herrscht und
1542 kaum ein Auftraggeber sich freiwillig darauf einlassen wird, dem Unternehmen eine ausrei-
1543 chende Sicherheit zu stellen, wenn ein anderes Unternehmen bereit ist, den Auftrag ohne
1544 eine solche Sicherheit auszuführen. Daher ist eine gesetzliche Regelung zu schaffen, die es
1545 einem Auftraggeber vorschreibt, Leistungen nur dann in Anspruch zu nehmen, wenn die
1546 Gegenleistung, die er zu erbringen hat, hinreichend, z.B. durch eine Bankbürgschaft, abge-
1547 sichert ist. Diese Verpflichtung muss durch eine Strafvorschrift ergänzt werden, so dass
1548 nicht der Leistungsanbieter die Einhaltung der Verpflichtung durchsetzen muss, sondern der
1549 Auftraggeber im eigenen Interesse an ihrer Einhaltung interessiert ist.